

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Nr. 41.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 14. Oktober 1911.

Redakteur: A. Heutmann, Düsseldorf, Kavalleriestr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Nieuwen, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Telegr.-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

13. Jahrg.

Wie die Baumwollindustrie zum Schutz Zoll kam.

Ende 1917 laufen die meisten und bedeutendsten Handelsverträge ab, die Deutschland auf der Basis des Zolltarifgesetzes vom Jahre 1902 mit allen größeren Staaten abgeschlossen hat. Dem im Jahre 1912 zu wählenden Reichstage obliegt also die ebenso schwierige als wichtige Aufgabe, den deutschen Zolltarif neu festzusetzen, der wiederum als Unterlage für die neu zu schließenden Handelsverträge dienen muß. Der jetzt geltende Tarif hat rund 3½ Jahre zu seiner Vorbereitung verlangt, an der außer der Regierung und den Parteien Vertreter fast aller größeren Interessengruppen aktiv Anteil genommen haben. Nun gehen heute die Meinungen über die deutsche Zoll- und Handelspolitik gewiß so sehr auseinander wie damals, die Beschaffenheit des Weltmarktes und die Stellung Deutschlands auf demselben und endlich die Produktions- und Absatzverhältnisse unserer deutschen Industrie sind gewiß nicht einfacher gegenüber Ende des vorigen und Anfang dieses Jahrhunderts. Es ist darum gar nicht verwunderlich, wenn heute schon die Fragen der Zoll- und Handelspolitik lebhaft diskutiert werden. Die Meinungen drehen sich darum, ob Deutschland auf dem einmal beschrittenen Wege seiner Zoll- und Handelspolitik fortfahren soll, einer Handelspolitik, die in einem Zollschutz aller schutzbedürftigen Glieder seines vielgestaltigen Wirtschaftskörpers ihre Grundlage hat. Natürlich wird dabei auch um den Punkt heiß gestritten, wie der Zollschutz im einzelnen gestaltet sein soll.

Unsere Textilindustrie ist an all diesen Fragen hervorragend interessiert. Darum können wir auch als Anhänger der christlich-nationalen Textilarbeiterbewegung nicht teilnahmslos daran vorübergehen. Dem Textilarbeiter kann es als Produzent in einem der ausländischen Konkurrenz und dem Weltmarkttrüben scharf ausgefetzten Gewerbe nicht einerlei sein, wie der Zolltarif und die Handelsverträge gestaltet werden. Darum muß er sich Einblick in die Dinge zu verschaffen suchen, damit er mitreden und seinen Einfluß im Interesse seiner Industrie in entsprechender Weise geltend machen kann.

Greifen wir zunächst einen, und zwar den stärksten Teil unseres Gewerbes heraus, die Baumwollindustrie, und betrachten wir ihre zollpolitischen Verhältnisse im Lichte der geschichtlichen Entwicklung. Dann stoßen wir gleich auf die Schwierigkeiten und die verschiedenen, zum Teil ganz entgegengesetzten Interessen, die hier in der Frage des Zollschutzes zu überbrücken sind (Siehe auch den Artikel: „Zollpolitische Interessengegenätze“, Nr. 32, Jahrg. 1911 dieser Zeitung), aber auch auf die Tatsache, daß es nicht purer Mutwille und rücksichtslose Profitgier einiger Kapitalisten waren, die Regierung und Parteien auf den Weg des Schutzzolles für die Textilindustrie gedrängt haben, daß es vielmehr Lebensinteressen unseres Gewerbes und seiner Arbeiter, unserer Nation und seines ganzen Volkes waren, die hier den Ausschlag gaben.

Die deutsche Baumwollweberei ist viele Jahrhunderte alt. Sie wurde bis weit ins 19. Jahrhundert hinein rein handwerksmäßig betrieben. Die schönen Erzeugnisse ihrer Kunst nahmen unter dem deutschen Handel mit dem Auslande einen hervorragenden Platz ein. Anders stand es mit der Spinnerei. Ein selbständiges Spinnereigewerbe war in unserem Vaterlande bis zur Einführung der Maschine ungefähr um die Wende des 18. Jahrhunderts nicht vorhanden. Bis zu dieser Zeit war es ganz allgemein über die Stufe des

Bohnwerks als landwirtschaftlicher Nebenbetrieb nicht hinausgekommen. Dagegen stand Deutschland bis um die Mitte des 18. Jahrhunderts mit seiner Baumwollweberei an der Spitze aller, allerdings noch sehr primitiv eingerichteten Baumwollindustrielländer Europas.

Diese Verhältnisse wurden von Grund auf umgewandelt, als in England die Spinn- und Webemaschine erfunden wurde. England nutzte seine Erfindungen gründlich aus, verbot die Einfuhr von Baumwollwaren und setzte andererseits auf die Ausfuhr derselben hohe Prämien. Die Ausfuhr von Maschinen, Maschinenteilen, Modellen, Zeichnungen usw. wurde unter hohe Strafe gestellt. Auf alle nur erdenkliche Art suchte es eine Monopolstellung in der Baumwollverarbeitung zu bekommen, die es auch schließlich erhielt. Die Industrie konnte sich umso besser entwickeln, als das Land relativ gesunde politische Verhältnisse hatte, es war ein innerlich geschlossenes, einheitliches Staatsgebilde, die Rechtsverhältnisse waren gesichert, nicht enger Strafe Zunftgesetze Handel und Gewerbe ein; im Gegenteil, die ganze wirtschaftliche und Handels-tätigkeit war von rein kapitalistischen Grund-sätzen geleitet. Gerade umgekehrt lagen in allen Beziehungen in Deutschland die Verhältnisse, das außerdem noch durch viele Kriege heimgesucht worden war. Immer größere Mengen englischen Garnes und englischer Gewebe kamen auf den Markt. Zwar kamen die billigen englischen Garne zunächst auch dem deutschen Webereigewerbe zugute; die Konkurrenz in Webwaren war nicht gleich so fühlbar, weil die noch unvollkommene englische Maschinenweberei doch vorläufig nur größere Sachen herstellten und in qualitativer Hinsicht eine Konkurrenz mit den auf Handstühlen gewebten Sachen nicht gleich aushalten konnte. Aber das wurde doch mit der Verbesserung der Technik und namentlich mit der Erfindung des Jacquardstuhles anders. Deutschland mußte seine Vormachtsstellung in der Baumwollverarbeitung und im Baumwollwarenhandel an England abtreten, wodurch Not und Sorge in weite Kreise des deutschen Volkes drangen.

Trotz der englischen Ausfuhrverbote gelang es Deutschland, unter Aufwendung großer Mühe und Opfer Zeichnungen und Modelle von Textilmaschinen aus England zu bekommen und so den Grundstock für eine Textilindustrie zu legen. Aber die Entwicklung ging doch nur schwer und langsam. Die freie Entfaltung der industriellen Kräfte stieß nicht nur in der Auslandskonkurrenz, sondern auch im Lande selbst Schritt für Schritt auf Hindernisse. „Die Unsicherheit und Mannigfaltigkeit der Rechtsverhältnisse, die mangelnde Organisation des Handels, des Geld-, Kredit- und Bankwesens, des Verkehrswezens, hauptsächlich aber die Verschiedenheit der Münzen, Maße und Gewichte und die zahlreichen Binnenzollschranken stellten sich einer gedeihlichen Entwicklung feindlich in den Weg.“ (Vochtmüller, Geschichte der Baumwollindustrie.) Um der permanenten Krisis in dem Webereigewerbe zu steuern, wurde die Einfuhr von Baumwollgeweben mit einem hohen Zoll belastet. Die Einfuhr von Garnen dagegen blieb zollfrei, sogar war die Einfuhr von Rohbaumwolle aus fiskalischen Gründen noch mit einem Zoll belegt. Darum wagte sich das Kapital nur zögernd an die Garnzubereitung heran, sie war unrentabel, weil sie keinen geschützten und gesicherten Absatzmarkt hatte.

Unter der napoleonischen Herrschaft wurde die Einfuhr von englischen Garnen und Geweben glattweg verboten (kontinentalperre) und weiter auf alle mögliche Art die kontinentale Industrie zu fördern versucht. Sie entwickelte sich auch ganz erheblich. Aber diese Entwicklung wurde nach den napoleonischen Kriegen aufgehoben und direkt zurückgeworfen.

England, das durch die Kontinentalperre schwer gelitten hatte, warf nunmehr mit besonderem Andrang seine Garne und Gewebe auf den kontinentalen Markt und brachte das deutsche Gewerbe, namentlich aber die junge Spinnerei, arg ins Gedränge. Die Krise war so arg, daß sich Preußen 1818 endlich gezwungen sah, den Zentner ausländischen Garnes mit einem Zoll von einem Taler zu belegen und gleichzeitig den Zoll für Gewebe heraufzusetzen. Gleichzeitig wurden alle Binnenzölle an die Außengrenze des Landes verlegt. 1822 mußte das Ausland für jeden Zentner Gewebe, den es einführte, 150 Mark Zoll bezahlen, ein so hoher Satz, daß er für die größeren Gewebe geradezu abschließend wirkte. Dabei hatte sich namentlich die deutsche Strumpfmarenindustrie auch einen sicheren außer-europäischen Markt erobert. Dagegen konnte der eine Taler Zoll auf Garne die weit überlegene englische und zum Teil belgische Konkurrenz umso weniger aufhalten, als dieser Zoll ja durch die Einfuhrbelastung auf Rohbaumwolle zum Teil wieder aufgehoben wurde. Wollte Deutschland seine Textilindustrie behalten und weiterführen, sie unabhängig von England machen, mußte der übermäßigen Einfuhr fremder Garne durch höheren Zollschutz vorgebeugt werden. 1832 wurde der Zoll auf zwei Taler erhöht und gleichzeitig die Zollbelastung der Rohbaumwolle abgeschafft. Dieser Zollsatz ging mit in den deutschen Zollverein über, der für Deutschland eine neue Aera der wirtschaftlichen Entwicklung anbahnte.

Der Garnzoll wurde nicht erreicht ohne heftige Gegenstimmen, die namentlich von den Webereien und der ganzen damaligen Freihandelsrichtung ausgingen. Gerade zum Schutze des Kleingewerbes wurde ein Garnzoll heftig bekämpft. Die damalige Landwirtschaft war ebenfalls freihändlerisch gesinnt; das lag an der ganzen damaligen Wirtschaftsstruktur unseres Vaterlandes. Die Interessen der Landwirtschaft und des Kleingewerbes lagen im freien Handelsverkehr mit England und den übrigen Staaten. Man fand hinter dem Streben der Garnproduzenten nur egoistische, kapitalistische Interessen. 1842 hob England seine Ausfuhrverbote für Maschinen, Zeichnungen und Modelle auf und ging ganz zum Freihandel über. Seine Baumwollindustrie war gefestigt genug, sie hatte sich einen weiten ausländischen Markt erobert. Die freie Einfuhr von Textilmaschinen begünstigte zunächst auch das deutsche Baumwollgeschäft. Ferner begünstigte der englische Freihandel das Geschäft der deutschen Landwirtschaft mit England; so bekam die deutsche Textilindustrie auch einen kräftigeren Inlandsmarkt. Nunmehr wagte sich das Kapital auch mehr an die Garnzubereitung, an die Spinnereien, heran, umso mehr, als die Regierungen für Errichtung von Spinnereien Geldprämien gewährten und englische und amerikanische Mustermaschinen verliehen. Aber infolge des ungenügenden Zollschutzes auf Garne und anderen Umständen blieben doch wirkliche Notlagen für die deutsche Baumwollindustrie, in erster Linie für die Spinnereien, nicht aus. Diese waren in ihrer Rentabilität ganz und gar von der englischen Konkurrenz abhängig. Langdauernde und tiefgreifende Krisen kamen, umso mehr, als die Konkurrenz doch auch für einige Zweige der Webereien, z. B. die Tuchbranche, sich immer härter fühlbar machte. Aber gerade aus letzterem Grunde fanden die Bestrebungen der Garnspinnereien auf größeren Zollschutz bei den Webereien einen heftigen Gegner. Selbst dann noch, als die Spinnereien vorschlugen, die Webereien möchten bei der Einfuhr von Webwaren den Garnzoll in Form eines Rückvergütungszolles zum Teil wiedererstattet bekommen. Schließlich kam 1846 ein Kompromiß dahin zustande, daß der Garnzoll auf drei Taler erhöht wurde.

Die Forderung der Spinner, besonders die feineren Garne zu verzollern, fand keine Billigung. Nun ging das Spinnereigewerbe schon etwas besser voran. Langsam wurde auch das Eisenbahnwesen entwickelt. Nebenher schreiten die Ausbildung des Bankwesens, des Handelsrechtes, der Gewerbeaufsicht, die Einrichtung von Real-, Gewerbe- und höheren technischen Schulen. Allmählich mehr kam in die Spinnereien die Form der Aktiengesellschaften zur Geltung. Die Entwicklung der Spinnerei von 1846 an ist eine durchaus stetige. Wir können das am besten beurteilen, wenn wir den Garnverbrauch im Verhältnis zur Garnzufuhr vergleichen. Es betrug:

im Durchschnitt der Jahre	die Garneinfuhr in Prozent des Verbrauchs
1846—48	68,24
1849—51	64,26
1852—54	55,40
1855—47	50,51
1856—60	39,88

Man sieht, daß unsere inländischen Spinnereien den Verbrauch der Webereien immer mehr selbst versorgen und die Garneinfuhr relativ ständig zurückging. Anfangs der 50er Jahre kamen besonders gute Zeiten. Das hatte seinen Hauptgrund darin, daß um diese Zeit infolge einer merklichen Belebung des Wirtschaftsgebietes Amerikas die Ausfuhr von baumwollenen Waren nach diesem Lande ganz erheblich zunahm und die Tendenz lange Zeit anhält. Zu Beginn der 60er Jahre aber kam ein gewaltiger Rückschlag. Die Bürgerkriege in Amerika unterbanden die Ausfuhr dorthin und hatten ferner eine förmliche Baumwollhungerstnot im Gefolge. Bestellungen für Spinner und Weber waren zwar da, aber der Rohstoff fehlte. Zwar wurde in erster Linie England davon betroffen, aber auch das deutsche Gewerbe, namentlich viele Spinnereien, litten außerordentlich. Zwar wurde die Krisis dadurch gemildert, daß Deutschland noch Baumwolle aus Ostindien und anderen Produktionsländern bezog und sein Konkurrenz, England, ganz besonders von der Baumwollhungerstnot darnieder geschlagen wurde, aber immerhin war der Mangel an Rohstoffen so groß, daß man durch Herabsetzung des Garnzollens auf zwei Taler die Einfuhr fremder Garne zu erleichtern versuchte, eine Maßnahme, die sich bitter rächen sollte.

Darüber und über die weitere Entwicklung in einem folgenden Artikel.

Teuerung und christliche Arbeiter.

Mit großer Besorgnis blicken heute viele unserer Kollegen und namentlich auch viele Tausende von Arbeiterfrauen dem kommenden Winter entgegen. Seit Jahren schon mußte, der steigenden Preise für alle Lebensbedürfnisse wegen, im Arbeiterhaushalt knapp gerechnet werden. Wo die Arbeiter nicht organisiert waren und so einen Ausgleich durch Verbesserung der Arbeitslöhne nicht schaffen konnten, machten sich die steigenden Lebensmittelpreise doppelt fühlbar. Nun hat die anhaltende, außergewöhnliche Dürre in diesem Jahre noch weiter preissteigernd gewirkt. Namentlich sind Gemüse, Kartoffeln und Milch fast auf der ganzen Linie erheblich im Preise gestiegen. Für einen Arbeiterhaushalt mit knappem Einkommen ist dies sicher keine Kleinigkeit.

Diese Teuerung ist nicht, wie die Sozialdemokratie den Arbeitern Tag für Tag in allen Tonarten vorläßt, ausschließlich eine Folge der deutschen Handelspolitik, sondern eine internationale Erscheinung. Sowohl die Preissteigerungen infolge der diesjährigen anhaltenden Trockenheit, wie auch die steigende Tendenz der Lebensmittelpreise überhaupt macht sich auf der ganzen Weltmarkt bemerkbar. Die Karolowirren, jetzt der Krieg um Tripolis, geschäftliche Manöver gewissenloser und geldhungriger Spekulanten, die Kartellierungen in wichtigen Zweigen der Lebensmittelbranche, noch mehr aber die wachsende Macht des Zwischenhandels wirken preissteigernd.

Die „Sibeiisch-Weißrussische Zeitung“ aus Essen erzählt folgenden typischen Fall:

„Ein Landwirt hier im dichtbevölkerten Industriegebiet, der als Spezialität den Anbau von Kohl betreibt, verkaufte dieser Tage 6000 Köpfe Kohl, gekochten frei Feld, zu 17 M. die hundert Stück, zu einem Preise, schon teurer als in den Vorjahren (7 bis 10 M.) in ansehung der ungewöhnlichen diesjährigen Verhältnisse. Der laufende Großhändler aber, der, wohlgenährt, das Abgabegeld vor der Tür hat, fordert und erhält durchschnittlich etwa 50 bis 60 M. für hundert Stück. Solche Preisstellung ist, wie jeder rechtlich Denkende angeben wird, durchaus ungebührlich, und solches „Händler-Gebarren“ muß unbedingt, das zeigt sich heute, Geister wesen, die der Handel später schmerzlich wieder los werden wird. Der solide Handel hat alle Ursache, sich im eigenen Interesse mit aller Schärfe gegen derartige Zusätze zu wenden, die den Handel diskreditieren und ihn beim Publikum verhasst machen müssen.“

Die überall im Publikum zu beachtende Bestrebung, sich in den ersten Wochen der Teuerung mit großen Vor-

räten an Waren zu versehen, um so zu „verdienen“, das hier und da zu beobachtende „Stürmen auf die Geschäfte“ zum Einkauf von Lebensmitteln in großen Mengen hat auch den Händlern Handhaben zur Schröpfung der Taschen des Volkes geboten. In solchen Situationen ist wirklich „Ruhe und Vorsicht des Bürgers erste Pflicht“.

Die Preissteigerung ist auf allen bedeutenden Marktorten der ganzen Welt festzustellen. Im Kleinhandel, der für den Arbeiter allein zur Bedarfsdeckung in Betracht kommt, ist die Steigerung noch weit erheblicher. Auch die Preisunterschiede zwischen den einzelnen Handelsorten liegen keineswegs allein an den Einfuhrbedingungen. Auch die Entfernungen von den hauptsächlichsten Produktionsgebieten, die Frachten, spielen hier eine wesentliche Rolle. Dies beweisen die erheblichen Preisunterschiede innerhalb desselben Zollgebietes. So stand z. B. der Doppelzentner Weizen im Großhandel im Jahresdurchschnitt 1910 in Berlin auf 211 M., Mannheim 228 M., Breslau 191 M., Köln 226 M., Hamburg 193 M., Lindau 234 M. Mehrfach ist es mit Fleisch und den sonstigen Lebensmitteln. Nur daß im Kleinhandel die Preisunterschiede noch viel schärfer hervortreten. Auch in allen anderen Ländern zeigen sich ähnliche Erscheinungen.

Man kann über den Wert oder Unwert mäßiger Landwirtschaftlicher Schutzzölle denken, wie man will. Jedenfalls beweisen die Tatsachen, daß die Steigerung der Lebensmittelpreise nicht ausschließlich eine Folge der deutschen Handelspolitik ist.

Die Methode der Sozialdemokratie, die Teuerung lediglich als Ausgangspunkt einer verheißenden politischen Agitation zu benutzen, ohne den tatsächlichen Ursachen derselben nachzuforschen und, was die Hauptsache ist, Abhilfe zu schaffen, kann somit der Arbeiterschaft wenig nützen. Mit den sozialdemokratischen Agitationserfolgen kann sich kein Arbeiter ein Stück Brot kaufen. Auch die von dieser Seite inszenierten blutigen Straßenkämpfe, wie sie sich unlängst in Wien und anderwärts abspielten, die Demosierung öffentlicher Gebäude und Anlagen usw. sind schlecht geeignet, der Not des arbeitenden Volkes abzuhelfen. Der auf viele Tausende von Mark sich belaufende Materialschaden muß wieder von den Steuerergüssen des Volkes gedeckt werden.

Die seitens der Sozialdemokratie besonders in letzter Zeit geübte Methode, die tatsächliche Teuerung noch loslos zu überstreichen, um die Massen aus agitatorischen Gründen in eine gewisse Teuerungswut hineinzuhetzen, ist aber geradezu ein frivoles Spiel mit den Arbeiterinteressen. Wie feinerzeit nach der Verabschiedung der Reichsfinanzreform den Massen in Hunderten von Zeitungen und vielen Tausenden von Versammlungsreden und Flugblättern vordemonstriert wurde, wie jetzt alles mitunter um mehr als den zehnfachen Betrag der Steuer teurer werde und so den Fabrikanten und Händlern eine ungeheure Schröpfung des kaufenden Publikums ermöglicht wurde, so ist auch jetzt wieder durch das übertriebene Teuerungsgeschrei direkt Veranlassung gegeben, daß noch viel höhere Preise gefordert werden, als durch die tatsächliche Marktlage gerechtfertigt ist. Das sagt selbst der Lehrer an der sozialdemokratischen Gewerkschaftsschule, Calwer, in der letzten Nummer seiner „Konjunktur“. Die großen und kleinen Händler haben so leichtes Spiel, dem Volke Hunderttausende und Millionen von Mark ungerechtfertigt aus den Taschen zu ziehen, und die sozialdemokratische Agitation präpariert die Massen auf noch höhere Preise, damit sie es garnicht merken, wie sie beim Lebensmitteleinkauf übers Ohr gehauen werden.

Sollen die christlichen Arbeiter untätig zusehen, wie ihnen auf diese Weise die Lebensmittel noch mehr verteuert werden? Sollen sie in stoischem Gleichmut die steigenden Lebensmittelpreise als etwas unabänderliches hinnehmen und sich gutmütig und stillschweigend mit einer immer weitergehenden Verschlechterung ihrer Lebenshaltung abfinden? Nein! Das wäre unvernünftig und töricht.

In erster Linie muß dem übertriebenen Teuerungsgeschrei, der allgemeinen Auffassung, daß das alles so sein müßte, entgegen gewirkt werden. Es muß dafür gesorgt werden, daß die staatlichen Maßnahmen, wie z. B. die außerordentlichen Herabsetzungen der Frachten auf Lebensmittel, nicht den Händlern in der Tasche bleiben, sondern auch im Kleinhandel in den Preisen zum Ausdruck kommen. Frische Kartoffel werden auf den preussischen Staatsbahnen bis auf weiteres nur zur Hälfte befördert. Die Fracht für den Waggon Kartoffeln beträgt somit vom deutschen Osten bis Frankfurt statt 138 M. nur 69 M. Ein Waggon Gemüse, für den 111 M. Fracht bezahlt werden mußte, wird für die gleiche Strecke für 49 M. befördert. Für Erbsen, Bohnen, Linsen beträgt die Fracht nunmehr statt 214 M. 98 M. für die gleiche Strecke. Auch Seefische werden zu bedeutend ermäßigten Frachten befördert.

An manchen Orten können sich auch die Arbeiter mit Erfolg an die Gemeinde wenden und Milderung der Teuerung durch Beschaffung bestimmter, billiger Nahrungsmittel verlangen.

Sie liegt ein wichtiges Arbeitsfeld der Kartelle, in Verbindung mit den unprofessionellen Arbeitervereinen. Dort, wo ein „Sozialer Ausschuss“ besteht, mag der die

Sache in die Hand nehmen, wie es in Düsseldorf, Essen und an anderen Orten schon geschehen ist. Auf keinen Fall darf die Arbeiterschaft untätig sein.

Wo diesbezügliche Maßnahmen ausgeschlossen erscheinen und wiederholte Vorstellungen und Drohungen mit gemeinschaftlichem Bezug von Lebensmitteln nichts nützen und starke Zahlstellen vorhanden sind, könnte der Gedanke des gemeinschaftlichen Bezuges bestimmter Lebensmittel ins Auge gefaßt werden. Barbezahlung im voraus und gute Vorbereitung der Sache ist Vorbedingung. Am besten ziehen die Ortsgruppen vorher den Bezirksleiter zu Rate.

Namentlich aber sollen unsere Mitglieder jetzt zur Zeit der Teuerung die Gelegenheit benutzen, die Unorganisierten auf die Notwendigkeit der Gewerkschaften hinzuweisen. Vielleicht kommen jetzt doch manche zu der Einsicht, wie vieles sie versäumt und verschuldet haben, als sie ihre Groschen „lieber für andere Zwecke sparen“ wollten. Solche Teuerungzeiten sind eine bittere Lehre für all die „Klugen“, die an die Notwendigkeit und den Nutzen einer Gewerkschaft nicht glauben wollten.

Ferner müssen unsere Mitglieder jetzt auf die christlichen Konsumvereine aufmerksam gemacht und zum Eintritt in dieselben aufgefordert werden.

Wir haben somit als christlich denkende Arbeiter keineswegs Ursache, wegen der Teuerung den Kopf hängen zu lassen und trostlos in die Zukunft zu blicken. Wir brauchen uns nur fester aneinander zu schließen, die vielen Fernstehenden, Wankelmütigen und Gleichgültigen zu richtigen christlichen Gewerkschaftern zu erziehen und uns unserer Kraft bewußt zu werden, und wir haben eine Unmenge von Hilfsmitteln zur Hand, ohne größeren wirtschaftlichen Schaden über ungünstige Zeitverhältnisse hinwegzukommen.

Die wichtigste Vorbedingung für die Jugendarbeit.

In der heutigen Zeit, wo die verschiedensten Faktoren gewissermaßen wetteifern, um die Jugend für sich zu gewinnen, kommt für uns, die wir ein so großes Interesse an der Jugenderinnerung haben, alles auf die Vorbereitungen für diese Arbeit an. Diese Vorbereitungen hängen in ihrem Erfolg aber ganz davon ab, daß wir den Voraussetzungen für diese erfolgreiche Arbeit an der Jugend erfüllt haben. Welches sind die Voraussetzungen, was ist die wichtigste Vorbedingung für den Erfolg der Jugendarbeit? Um's mit einem Wort zu sagen: Das Verständnis der Seelenstimmung unserer Jugend und Anpassung unserer Arbeit an dieselbe. Lassen wir uns von einem erfahrenen Jugendfreunde über den Grundton der Seelenstimmung unserer heutigen Jugend in großen Zügen belehren. Dr. Pieper („Jugendfürsorge und Jugendvereine“) stellt als hauptsächlichste Charakterabweichung unserer heutigen Jugend, im Vergleich zu der früheren, fest, daß ihr „jenes Maß kindlicher Naivität, jenes Gefühl der Unordnung“ abgeht, das ihr früher durch die Verhältnisse aufgezwungen worden sei. Es wäre natürlich ein müßiges Beginnen, über diese Veränderung ein Lamento anzustimmen oder über die sogenannte gute alte Zeit sich in begeisterten Lobsprüchen zu ergen. Wir müssen uns mit der gegebenen Tatsache abfinden und unsere Maßnahmen entsprechend treffen.

Unser jugendlicher überschätzt, wie Pieper weiter meint, die neuzeitlichen Freiheiten, welche im öffentlichen und wirtschaftlichen Leben ihm schon jetzt oder doch bald, wenn er Mann geworden ist, ebenso wie jedem anderen zuteil werden. Er sieht und hört, wie die Erwachsenen nach größerer Freiheit und Selbstbestimmung ringen. Was ergibt sich aus dieser Selbstbestimmung für uns, welche Notwendigkeit folgt daraus für unsere Jugendarbeit? Das Freiheitsstreben des jugendlichen muß mit den Idealen unserer Bewegung durchdrungen werden. Gelingt es uns, schon in der Jugend ihm unsere Bewegung von ihrer ideellen Seite aus, als ernstes, geordnetes Streben nach angemessener Vergrößerung des Maßes an Freiheit und Selbstbestimmung des Arbeiters lieb und wert und auch begreiflich zu machen, dann haben wir für alle Zeiten gewonnenes Spiel. Einem so gewonnenen jugendlichen gegenüber fällt die lästige und quälende Notwendigkeit fort, auf dem Wege über die materielle Besserstellung ihm den Wert und die Unentbehrlichkeit der Standesbewegung klar zu machen. Und er steht auch für immer fest. Wir haben mit unseren Ideen seine Seele in dem Moment erfaßt, wo sie geradezu nach der Aufnahme ähnlicher Gedanken und Bestrebungen lechzt. Damit haben wir unter normalen Voraussetzungen um uns und den jugendlichen ein Band geschlungen, das für alle Zeiten hält.

Es bedarf, um sich die Wichtigkeit dieser Gedankengänge klar zu machen, nur eines Blickes auf die Art und Weise, wie die tattlich so lang erprobte Sozialdemokratie vorgeht. Wer sozialdemokratische Jugendorgane liest, dem weilt daraus eine bis aufs äußerste hinaufgetriebene Freiheitsstimmung entgegen. Der jugendliche Arbeiter wird als von allen Seiten mit Händen und Füßen aller Art umgeben dargestellt. Diese fortgesetzte Darstellung, mit dem bekannten sozialdemokratischen Raffinement ausgeführt, verfehlt selten ihre Wirkung, die sich eben darin äußert, daß der jugendliche Arbeiter den unwiderstehlichen Drang in sich spürt, sich jener quälenden — sehr oft nur fingierten — Fesseln zu entledigen. Und als das einzige Mittel dazu wird ihm die Sozialdemokratie in ihren verschiedensten Organisationszweigen (Partei, Gewerkschaft, Genossenschaft usw.) gepriesen.

Die Gewinnung der Jugend für die soziale Arbeit ist nicht schwer, wenn die Seelenstimmung dieser Jugend erlaucht und die Jugendarbeit darauf eingestellt wird. Soziale Arbeit heißt bekanntlich im weitesten Sinne gemeinsame Arbeit. Ist der Jugend aus ihrer Seelenstimmung heraus das Interesse für solche Arbeit anzuerziehen? Um die Frage zu beantworten, versehen wir uns einmal selbst in die Zeit unserer Jugend zurück. Haben wir nicht in uns den Drang zu dem Bandenleben empfunden, das Förster als die Sehnsucht aller Jugend hinstellt? Ganz gewiß. Sonst würden wir nicht uns mit den gleichaltrigen Kameraden verbunden haben, um auf „Abenteuer“ auszugehen. Wir hätten nicht mit angehaltenem Atem den Schilderungen der Kriegszüge der Indianer usw. gelauscht. Da gab's ja Material, Mittel und Wege, wenigstens im Geiste das Sehnen nach vandenmäßigen Freiheitsstreben zu stillen.

So ist nun wieder einmal die Jugend. Und derjenige wird sie haben, der diesen Drang so lenkt, daß der Jugend — wir denken hier natürlich in erster Linie an die arbeitende Jugend — die richtige Auffassung von ihren späteren Organisationspflichten anergehen wird. Einer der wichtigsten Gedanken, die in dieses Gebiet einschlagen, ist der Solidaritätsgedanke. Unsere jugendlichen Freunde müssen das Gefühl der Zusammengehörigkeit mit dem großen Ganzen der Arbeiterbewegung, der christlichen Arbeiterbewegung, lebendig in sich tragen. Erziehen wir sie dazu! Wir werden sie dann nicht von einer Seite aus fassen, daß sie nur mit Widerwillen an ihre Arbeit gehen: wie sollten sie sonst jemals sich mit uns kollegialisch fühlen können, also die erste Voraussetzung für die Solidarität in sich tragen? Aber auch die Auffassung über unsere Bewegung, die wir den Jugendlichen gegenüber an den Tag legen, muß eine solche sein, daß sie sich dafür mit vollem Herzen begeistern können. Die Verkörperung, die die Bewegung in uns erhält, wird infolgedessen eine durchaus würdige und edle sein. Dem Jugendlichen wird der Begriff der Freiheit, nach der seine Sehnsucht geht, nicht als gleichbedeutend mit Függlosigkeit erscheinen, sondern im Sinne des Dichtermotives: „Freiheit ist der Zweck des Zwanges...“ Das Gemisch von jugendlichem Freiheitsdrang und Streben nach gemeinsamer Betätigung ist geradezu geschaffen als Unterlage für die soziale Erziehung in unserem Sinne. Allerdings immer unter der Voraussetzung, daß das durch die Einordnung in ein großes Ganzes bedingte Opfer an persönlicher „Freiheit“ nicht in der Weise eines brutalen Zwanges gefordert wird. Es muß dem Jugendlichen leicht und wert gemacht werden.

Es wird für den Erfolg unserer Arbeit an der Jugend alles darauf ankommen, ob wir fähig und auch gewillt sind, ihre Seelenstimmung zu erkennen und zu respektieren bei unserem organisatorischen Tun und Lassen. Das heißt aber mit anderen Worten: ob wir uns selbst dazu erziehen haben, die Bewegung vom Standpunkt einer höheren Auffassung aus zu betrachten und zu bewerten. Unser Nachwuchs wird im großen und ganzen unsere eigene Auffassung der Sache widerspiegeln. Soll daher unsere Sache auf eine sichere Unterlage für die Zukunft gestellt werden, so sind wir diejenigen, die dafür in Betracht kommen. Erziehen wir uns selbst, indem wir uns bemühen, unsere Jugend für unsere christliche Arbeitersache zu erziehen!

„Der deutsche Maler.“

Anarcho-Sozialisten.

Anarcho-Sozialisten! Ein wenig bekanntes Gewächs. Es werden so bezeichnet die sog. Lokalfisten, die Mitglieder der „Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften“, jene ultraradikalen revolutionären Schwärmer, denen die politische Sozialdemokratie, wie auch die sozialdemokratischen gewerkschaftlichen Organisationen noch zu zahm und zu harmlos sind. Es ist ein kleines Häuflein mit dem Hauptitz in Berlin. Ein Häuflein, an sich bedeutungslos, das es aber doch fertig bringt, den sozialdemokratischen Gewerkschaften gelegentlich recht unangenehm zu werden. Wir erinnern nur an die von uns kürzlich geschilderten Vorgänge beim Feinddruckstreik in Krefeld. Diese Vorgänge sind es auch, die uns veranlassen, mal einiges über die anarcho-sozialistische, oder wie sie sich gemäß einer gleichartigen Richtung in den romanischen Ländern — speziell Frankreich — selber nennt, syndikalistische Bewegung zu sagen.

Bekanntlich ist die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung noch unter dem Sozialistengesetz erstarrt. Nach dem Fall des Letzteren bestanden bereits wieder 53 Zentralverbände mit 227.000 Mitgliedern. Daneben existierten aber ebenfalls noch eine ganze Anzahl loser lokaler Organisationen, die insgesamt etwa 73.000 Mitglieder umfaßten. Diese Gruppe umschloß die radikalste sozialistische Richtung. Auf dem ersten Kongreß der sozialdemokratischen Organisationen, der 1892 zu Halberstadt tagte, waren beide Richtungen, Zentral- und Lokalorganisationen, vertreten. Der Kongreß beriet hauptsächlich über die Organisationsform. Er erklärte sich für Zentralorganisation. Die Lokalfisten empfahlen lokale Organisationen, die durch Vertrauensmänner in Verbindung miteinander treten sollten. Da sie mit ihrer Ansicht nicht durchdrangen, im Gegenteil, aufgefordert wurden sich den Zentralorganisationen anzuschließen, reichten sie eine Protestresolution ein und verließen den Kongreß. Nun begann ein erbitterter und oft in recht gehässiger, wenig brüderlicher Art geführter Kampf zwischen Zentral- und Lokalorganisationen. Den Letzteren war neben der Zentralisation vor allem auch die Zentralitätsheuchelei aus taktischen Gründen, die die „freien“ Zentralverbände ausübten, von Herzen zuwider. Die Lokalfisten waren stets als die konsequenteren Genossen offen für die Betreibung sozialistischer und

revolutionärer Propaganda in den Gewerkschaftsorganisationen eingetreten.

Der Kampf zwischen beiden Gewerkschaftsrichtungen nahm schließlich Formen an, die auch die politische Partei veranlaßten, Stellung zu nehmen. Allerdings, es fiel der Partei recht schwer, gegen ihr eigenes Fleisch und Blut vorzugehen, zumal namhafte Parteiführer und auch ein Teil der Parteipresse sich für die Lokalfisten ins Zeug legten. Das Erstarken der Zentralverbände und die numerische Schwäche der Lokalfisten mußten aber schließlich deren Unterliegen zur Folge haben. Der Parteitag in Mannheim (1906) beschloß Verhandlungen anzubahnen, um eine Verschmelzung der Lokal- mit den Zentralorganisationen herbeizuführen. Der darauffolgende Parteitag zu Essen beschloß, den Parteivorstand zu beauftragen, die auf Grund des Mannheimer Parteitages eingeleiteten Verhandlungen fortzusetzen, und forderte die Lokalfisten auf, sich den Zentralverbänden anzuschließen. Da diese Verhandlungen, wie auch die Aufforderung zum Eintritt in die Zentralorganisation den erhofften Erfolg nicht zeitigten, wurde auf dem Parteitag zu Nürnberg (1908) den Lokalfisten der Stuhl vor die Türe gesetzt. Der Parteitag erklärte „jede Mitarbeit in der „Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften“ als unvereinbar mit den Grundsätzen und den Interessen der Sozialdemokratie“. Die Einwirkung der Partei hatte wohl zur Folge, daß sich einzelne Lokalorganisationen in corpore und wohl auch eine größere Anzahl der Lokalfisten in Person den Zentralverbänden anschlossen. Die Lokalfisten aber existierten trotzdem in der „Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften“ weiter. Diese entwickelte sich zu einer selbständigen, in den Grundprinzipien und Endzielen mit der Sozialdemokratie so ziemlich übereinstimmenden, in der Taktik aber von dieser und speziell von den „freien“ Gewerkschaften abweichenden revolutionären Klassenkampfpartei.

Was erstreben nun die Lokalfisten? Sie wollen den Staat als solchen von Grund auf zerstören und der privatkapitalistischen Produktionsweise ein Ende bereiten. Die gewerkschaftliche Föderation soll das Privateigentum an Produktionsmitteln enteignen. Die Produktion selbst soll durch freie, wirtschaftliche Gruppen und Föderationen übernommen und geregelt werden. Während also die Sozialdemokratie das Hauptgewicht zur Erreichung ihres Endzieles auf die Erringung der politischen Macht legt, betrachten die Lokalfisten die Eroberung der wirtschaftlichen Macht als den allein erfolgreichsten Weg zum Endziel. Im übrigen erstreben auch die Lokalfisten die internationale Völkerverbrüderung. Nach ihnen hat tatsächlich der Arbeiter kein Vaterland. Ihr „edelstes“ und „eifrigstes“ Streben geht dahin, alle Grenzen niederzureißen, sowohl jene zwischen den einzelnen Nationen und Völkern, als auch jene zwischen den einzelnen Klassen.

Die Lokalfisten sind auch konsequente Antimilitaristen. Sie sind bestrebt, speziell auf die Jugend in antimilitaristischem Sinne einzuwirken, ihr die Vaterlandsliebe aus dem Herzen zu reißen, Autoritätsgefühl und Disziplin im Heer zu erschüttern und zu untergraben. Die vielfach recht traurigen Zustände im französischen Heer sind zumeist eine Folge der antimilitaristischen Propaganda der französischen Syndikalisten.

Weiter sind die Lokalfisten auch Gegner jeder Autorität. Sie erkennen keine Autorität, kein Gesetz, weder ein allgemein verpflichtendes moralisches, noch ein staatliches, als berechtigt und bindend an. „Wir wollen keine Herrscher, wir wollen keine geschriebenen, immer und von einer Minderheit geschriebenen Gesetze, das ungeschriebene Gesetz, unser inneres „Ich“ soll uns alleinige Richtschnur sein. Dahin geht unser Streben; daher unsere Abneigung gegen alle, die sich aufspielen, „Führer“ zu sein“ (Einigkeit Nr. 25 1911). Ein Lokalfist kennt darum bei seinem Vorgehen auch keine moralischen Bedenken, keine Rücksichten auf Recht und Gesetz. Die Mitglieder haben vollständig freie Hand, sie entscheiden allein über die Frage, ob gestreift werden soll oder nicht. In der Praxis führt das naturgemäß zur Anarchie. Wenn das System der Lokalfisten bisher noch nicht elend zusammengebrochen ist, so nur deswegen, weil die numerische Schwäche der Lokalfisten die praktische Anwendung desselben bis jetzt verhindert hat. Aus der Abneigung gegen die „Führer“ resultiert zum Teil auch die Ablehnung jedweder Zentralisation. Denn diese macht freigestellte Kräfte nötig. Andererseits glauben die Lokalfisten auch in den lokalen Gruppen eine beweglichere, ihren revolutionären Klassenkampfbestrebungen besser angepasste Organisationsform zu besitzen. Uebrigens, Führer gibts naturgemäß auch bei den Lokalfisten, genau so, wie dieselben trotz ihres überspannten Freiheitsdranges einer gewissen Unterordnung nicht entzogen können.

Ueber die „Mittel“ der Syndikalisten in einem folgenden Artikel.

Aus der Arbeiterbewegung.

Das Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften für 1912 wird in den nächsten Tagen erscheinen. Wie in früheren Jahren ist auch diesmal auf die innere und äußere Ausstattung die größte Sorgfalt verwendet worden. Es wird u. a. hochwertige Artikel über einige Fragen aus der Reichsversicherungsordnung enthalten. Bestellungen können jetzt schon bei der Geschäftsstelle in Düsseldorf und beim Verlage, dem Buchhandel des Gesamtverbandes in Köln, gemacht werden.

Das Jahrbuch kostet 0,50 M. für Mitglieder, im Buchhandel jedoch 1.— M.

Unsere Beamten, Vorstände und Vertrauensleute müssen für einen großen Abfaß Sorge tragen.

Die Genossen im Kampfe gegen die christlichen Gewerkschaften und deren Führer. Der Kampf zwischen den christlichen und den sozialdemokratischen Organisationen hat in letzter Zeit wieder schärfere Formen angenommen. Schon die Reichsversicherungsordnung wurde von den Genossen benutzt, um manchmal in gerader Weise über die christlichen Gewerkschaften und deren Führer herzufallen. Speziell den Vertretern der christlichen Arbeiterchaft im Reichstag wurden allerlei „Spionage“ an den Kopf geschleudert. Ferner stehen wir ja bereits im Zeichen der Wahl-agitation. Und bei derartigen Gelegenheiten betrachtet es die sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftspresse, wie auch die sozialdemokratischen Agitatoren, als ihre ganz besondere Pflicht, die christlichen Gewerkschaften und deren Führer noch mehr wie sonst zu begeistern und zu verleumdern.

Was zurzeit von den Genossen alles über unsere Bewegung zusammengefaßt und zurechtgelogen wird, das ist auf keine Ruhhaut zu schreiben. Nun sind wir ja vieles gewohnt und lassen uns auch nicht so bald aus unserer Ruhe bringen. Wir haben schließlich wichtigeres zu tun, als wegen jedes kräftigen Wortes gleich einen Prozeß anzustrengen und dabei Zeit und Geld zu opfern. Zumal wir wissen, daß man auch im gewerkschaftlichen Kampfe nicht zu empfindlich sein darf. Aber alles hat doch seine Grenzen. Wenn die Gegner zu übermütig und in ihren Ausdrücken zu unflätig werden, dann gebieten doch schließlich die Selbstachtung und der pure Selbsterhaltungstrieb, daß ihnen mal der Mund gestopft werde. Und die Genossen haben in letzter Zeit die Grenzen einer auch nur annähernd anständigen Polemik zweifellos sehr oft weit überschritten.

Das gab einer Anzahl unserer führenden Kollegen Veranlassung, den Beleidigern mal Gelegenheit zu bieten, am Gericht ihre Behauptungen zu beweisen. So wurden in diesem Jahre zirka 37 Klagen gegen Genossen angestrengt wegen wörtlicher und tätlicher Beleidigung. Gegen die angeklagten Genossen wurden insgesamt 10 Monate und 8 Tage Gefängnis, sowie 2225 M. Geldstrafe verhängt. In einigen Fällen kamen die Angeklagten mit einem bloßen Widerruf davon. Diese Zahlen sprechen Bände. Sie charakterisieren mehr wie alles die krampelige Agitationsmethode unserer Gegner. Zugleich können unsere Kollegen und Kolleginnen auch hieraus ersehen, was von den gegen unsere Bewegung und unsere Führer ausgestreuten Verdächtigungen zu halten ist.

Eine neue Bewegung unter den Ruhrbergleuten?

Nach einem Berichte der politischen Tagespresse soll der Gewerksverein der Bergarbeiter Hirsch-Dunder in drei Bezirksversammlungen in Wanne, Dortmund und Oberhausen beschlossen haben, in Anbetracht der hohen Lebensmittelpreise an die übrigen Bergarbeiterorganisationen heranzutreten zum Zwecke einer allgemeinen Lohnbewegung. Der „alte“ sozialdemokratische Bergarbeiterverband habe seine Geneigtheit bereits zu erkennen gegeben, die Bewegung mitzumachen.

Also der Hirsch-Dunderische Gewerksverein leitet eine allgemeine Bewegung ein und der sozialdemokratische „tut mit“. Wenn die Sache nicht so furchtbar ernst wäre, sollte man darüber lachen, lachen über das ganz gemeine Spiel mit Arbeiterinteressen, das in dieser Mitteilung zum Ausdruck kommt. Der Hirsch-Dunderische Gewerksverein der Bergleute hat im ganzen Ruhrkohlenbecken höchstens 400 Mitglieder, der leitet für die Hunderttausende von Bergleuten eine Bewegung ein und der große sozialdemokratische Bergarbeiterverband läßt sich drängen von diesem Organisationschicken, „mitzumachen“. Darin liegt das Lächerliche für den, der die Arbeiterbewegung dieses Reviers nur etwas kennt. Nein, die Dinge liegen anders. Der rote Bergarbeiterverband braucht aus wahlpolitischen Gründen eine neue Aufpeitschung der Massen, und der Hirsch-Dunderische Verband läßt sich zu diesem Zwecke vorziehen und mißbrauchen, hat sich übertölpeln lassen von den sozialdemokratischen Drahtziehern, um den rot-politischen Charakter der Bewegung nach außen hin zu verdecken.

Unter dem „alten“ Bergarbeiterverband steckt überhaupt keine gewerkschaftliche Idee, sondern nur eine politische Idee, und zwar eine radikal sozialistisch-revolutionäre Idee. Sein eigentliches Verhandlungsgeschäft ist es, die Massen aufzupeitschen, sie in Bewegung und Erregung zu halten, um so im ganzen Ruhrrevier den Boden für den Sozialismus zu ebnet. Nun stehen die Reichstagswahlen vor der Tür, und da muß denn die Stimmung gemacht werden, die Hue und Konjorten wieder in den Reichstag bringen. Unserer Ueberzeugung nach steckt hinter der ganzen Bewegung einzig und allein dieser Gedanke. Es ist einfach eine abgrundtiefe Gemeinheitslosigkeit, mit der Not der Bergleute in einer derartigen Weise zu handeln und zu schandeln. Natürlich kommt dann als zweiter Hauptgedanke noch hinzu, den Gewerksverein christlicher Bergarbeiter, der natürlich solches Spiel mit Arbeiterinteressen nicht mitspielen kann, der die Vertretung der Berufsfragen der Bergleute namentlich angeht, der Teuerung mit besonderer Sorge befolgt, bei der Arbeiterschaft in Verzug zu bringen, ihm „das schmerzstillende Halsband umzulegen“. Von den Führern des Hirsch-Dunderischen Bergarbeiterverbandes kann man nur annehmen, daß sie entweder die Sache nicht zu durchschauen vermögen oder aber wissen, daß das ganze Treiben mitmachen. Von nationaler Gesinnung, die zu pflegen die Hirsch-Dunderischen Gewerksvereine doch stets angeben, zeugt das wahrhaftig nicht, aber auch nicht von Selbshandigkeit, Selbstachtung und eigener hoher

Wertung. Der Hiesig-Dundersche Verband spielt da einfach mit seiner eigenen Existenz.
Die Stellung des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter ist, soweit wir die Sache überschauen, u. E. klar gegeben. Mit dem roten Verbands eine Bewegung zusammen machen, kann er u. E. nicht, wenn er nicht seine Ehre, die Ehre und die Berufsinteressen seiner Mitglieder preisgeben will. Mögen die Dinge eine Wendung nehmen, wie sie wollen, der Gewerkschaft christlicher Bergarbeiter wird die Interessen der Bergleute, seiner Mitglieder, seines Verbandes, sein Ansehen und seine Ehre zu wahren wissen, und hinter ihm steht die gesamte christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung.

Die Reichsversicherungsordnung — doch ein Fortschritt! Tag für Tag bemühen sich die sozialdemokratischen Versammlungsredner, ihrer Anhängererschaft klar zu machen, daß an der ganzen Reichsversicherungsordnung nichts Gutes, nichts, aber auch rein gar nichts sei, was ihre Annahme wert gewesen wäre. Unter Hinweis darauf, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten, die das und das verlangt hätten, für tüchtige Kerle sind, folgt dann die übliche Schimpfepistel auf die aus der christlichen Arbeitererschaft hervorgegangenen Abgeordneten.

Jetzt müssen sich die roten Agitatoren sogar von ihrer eigenen Presse befähigen lassen, daß die Reichsversicherungsordnung doch Vorteile für die Arbeiter enthält.

Die Dortmunder „Arbeiter-Zeitung“ schrieb am 19. September über den neuen Rechtsweg in der Reichsversicherungsordnung:

„Es läßt sich nicht bestreiten, daß in dem neuen, durch die Versicherungsbehörden geschaffenen Instanzenzug und Rechtsweg ein, wenn auch kleiner Fortschritt, geschaffen worden ist.“

In den Versammlungen sagen die Genossenschaftler das Gegenteil.

Das selbe Blatt schreibt in Nr. 219 vom 19. September 1911 wörtlich:

„Sommerhin ist in der Ablösung der Armenfürsorge durch die Arbeiterversicherung ein sozialer Fortschritt zu erblicken. Der Arbeiter will kein Almosen, dessen Gewährung von dem guten Willen und dem Grad der Wohlthätigkeit einer Behörde abhängt. Er will im Bedarfsfalle Unterstützung, auf die er einen erworbenen Rechtsanspruch hat und der ihm nicht freitig gemacht werden kann. Durch die Arbeiterversicherung ist die Fürsorge, die früher aus dem Gesichtswinkel der Barmherzigkeit betrieben wurde, zur staatlichen Pflicht ausgestaltet worden. Diesen nunmehr anerkannten rechtlichen Verpflichtung der Gesellschaft zur Ausgleichung sozialer Mißstände muß nur noch weiter ausgestaltet werden.“

Die roten Versammlungsredner aber rufen im Brüllton gut gespielter Entrüstung den Bergleuten und übrigen Industriearbeitern zu: „Das Gesetzeswerk war nicht der Annahme wert, Arbeiterverrat haben diejenigen begangen, die es angenommen haben!“

Weiter schreibt dann das radikale sozialdemokratische Blatt:

„Eine weitere ganz erhebliche Entlastung der Armenfürsorge wird am 1. Januar 1912 durch die Witwen- und Waisenfürsorge eintreten.“

Die Versammlungsagitatoren aber schimpfen und spotten über die Fürsorge und drohen den Parteien, die das Gesetz angenommen haben, mit Vergeltung bei den kommenden Reichstagswahlen für die „verräterische Handlungsweise.“

Die Kundgebung des deutschen Arbeiterkongresses gegen das sozialdemokratische Spiel mit dem politischen Massenstreik hat in der sozialdemokratischen Presse wie eine Bombe eingeschlagen und läßt sie noch immer nicht zur Ruhe kommen. In seiner Nr. 221 vom 21. Sept. kommt der „Vorwärts“ — und nach ihm die übrige sozialdemokratische Presse — nochmals mit einem Leitartikel unter der Überschrift: „Eine innerlich verlogene Veranstaltung“ auf die Angelegenheit zurück, um die Kundgebung und deren Bedeutung herabzusetzen. Das sozialdemokratische Blatt versucht das mit dem Einwand, daß nur einige Ausschlußmitglieder die Veranstalter der Kundgebung wären. Es glaubt sich dabei auf einige Schriftstücke berufen zu können, die zwischen den leitenden Persönlichkeiten der christlich-nationalen Organisationen gewechselt und — nebenbei bemerkt — nachher von Herrn Dr. Weber im „Evangelischen Arbeiterboten“ veröffentlicht wurden. Die besagten Schriftstücke enthalten nichts, was die Deffenlichkeit nicht vertragen könnte.

Der sozialdemokratischen Presse wird es jedoch nicht gelingen, mit ihrem vorhin angeführten Einwand die Bedeutung der Kundgebung herabzumindern. Gewiß, sie wurde von einigen Ausschlußmitgliedern veranlaßt, aber unter Zustimmung der angeschlossenen Organisationen veröffentlicht. Und daß die Organisationen, die dem deutschen Arbeiterkongress angehören, mit dem Vorgehen einverstanden sind, beweisen die Auslassungen der Verbandsblätter und die vielen sonstigen Zustimmungskundgebungen draußen im Lande. Der „Vorwärts“ und seine Nachbeter haben trotz eifrigem Suchen noch keine Stimme im christlichen Arbeiterlager aufreiben können, die sich gegen die Kundgebung gerichtet hätte. Das sozialdemokratische Zentralorgan greift in Ermangelung dessen auf eine Äußerung des Herrn Roth vom alten württembergischen Eisenbahnerverbande zurück, der 1907 dem Berliner Arbeiterkongress als eine innerlich verlogene Veranstaltung“ beschimpft hatte. Mit dieser Methode — die Äußerungen eines Mißvergünstigten, der vor dem Hinanzwurf aus einer Bewegung steht, als zutreffende Beurteilung einer ganzen

Bewegung hinzustellen — kann man jederzeit die Sozialdemokratie als Ausbund aller Schlechtigkeiten nachweisen. Denn keiner Bewegung sind von Mißvergünstigten, Berärgerten, Hörglern und Quertreibern aus dem eigenen Lager schon so gravierende Vorwürfe und vernichtende Urteile entgegengeflüßelt worden wie der Sozialdemokratie. Sein schlechtes Gewissen in der Marokkofrage verrät der „Vorwärts“ wider Willen selbst in seinem letzten Artikel. Die Urheber der Kundgebung, so meint er, hätten ihr „verlogenes Machtwort“ mit so großer Eile veröffentlicht, um nachher sagen zu können, die Sozialdemokratie habe, „gewarnt durch die christlich-nationale Kundgebung, nachträglich ihre Haltung geändert“.

Der Kluge baut vor, hat der „Vorwärts“ hierbei jedenfalls gedacht. Denn es ist eine offenkundige Tatsache, daß die Sozialdemokratie in Wirklichkeit ihre Haltung geändert hat, daß sie vor dem nationalen Empfinden des deutschen Volkes vorsichtig zurückgehust ist. Man vergleiche nur die Tonart der Reden auf der Dreptower Demonstration und dem Jenaer Parteitag, die aufreizenden Reden der Herren Däumling, Liebnicht u. a. mit dem diplomatischen Saviere Welbels in seiner Marokkoreden in Jena. Am deutlichsten zeigte sich diese Wandlung in der Tonart der sozialdemokratischen Presse. Mit dem größten Recht kann man sagen, daß diese Wandlung zum Teil auf den energiegelassen Einfluß aus christlich-nationalen Arbeiterkreisen zurückzuführen ist. Daß der „Vorwärts“ dieser Schlussfolgerung mit einer Unterstellung vorzubeugen sucht, ist der beste Beweis für sein schlechtes Gewissen. Der Sozialdemokratie wird es nicht gelingen, die Schmach ihres arbeiterschädigenden und vaterlandsfeindlichen Verhaltens in der Marokkoangelegenheit abzuwaschen. Daß sie nachher aus wahltaktischen Erwägungen zurückhufte, beweist nur ihre Grundlosigkeit und innere Verlogenheit.

Hört! Hört! Auf der Konferenz des Bezirks Hannover, die am 17. September in Hannover stattfand, erzählte ein Kollege vom Eichsfelde folgendes:

In der Agitation für unsern Verband hatten sie mit einem einflussreichen Herrn gesprochen, der als Anhänger der Berliner Fachabteilungsbewegung bekannt sei. Man habe dem Herrn vorgehalten, daß es für das Eichsfeld doch sehr gefährlich sei, die christlichen Gewerkschaften zurückzuhalten, denn viele Arbeiter zögen alljährlich im Frühjahr nach dem Industrieviertel des Westens und schloßen sich da vielfach den sozialdemokratischen Verbänden an, wenn sie in ihre Heimat den Anschluss an die christliche Berufsorganisation nicht gefunden hätten. Die Fachabteilungsbewegung sei den Leuten gar kein genügender Rückhalt. Darauf habe der Herr erklärt, daß er für die christlichen Gewerkschaften nicht eintreten würde. Sollten sich die Eichsfelder, wenn sie im Westen seien, den sozialdemokratischen Gewerkschaften anschließen,

Aus dem Berufsleben und der Gedankenwelt der Arbeiterinnen.

Jose Blätter,

zusammengestellt von P. Kröz, Kaplan in Biersen.

VI.

Da von der sittlichen Gefährdung der Arbeiterin soviel gesprochen wird, wollte ich auch über diesen Punkt die Meinung meiner Kurzsinnigen kennen lernen.

Welche Gefahren drohen dem religiösen und sittlichen Leben der Arbeiterin im Berufsleben und was muß die Arbeiterin ihrerseits tun, damit sie den Gefahren nicht unterliege? Um einseitiger Auffassung des Themas vorzubeugen, hatte ich angegeben, daß das Sittengesetz enthalten sei in den zehn Geboten Gottes. In dieser Reihenfolge kamen denn auch die Gedanken zum Ausdruck. Die Verfasserinnen stellen sich auf den streng konfessionellen Standpunkt. Die nähere Betrachtung ihrer Anschauungen wird aber auch dem, der einer anderen Konfession angehört, zeigen, daß kein Unterschied in den prinzipiellen Fragen auf diesem Gebiete vorhanden ist. Hierin liegt auch ein starker Beweis dafür, daß ein Zusammenarbeiten der verschiedenen Konfessionen in den christlichen Gewerkschaften, die sich das christliche Sittengesetz zur Basis machen, möglich ist.

Daß die religiöse Denkmalsweise und die religiöse Tätigkeit durch das viele Zusammensein mit gar manchen Andersdenkenden gefährdet ist, haben alle erlebt. Hier und da führen die konfessionellen Unterchiede zu Religionsdisputen. Als viel gefährlicher wird aber die Tätigkeit des Sozialismus empfunden. Ungläubig sein ist heutigen Tages eine Modekrankheit. Unglaube wird gepredigt von oben und unten und nur der soll auf der Höhe der Zeit stehen, der alle Glaubenswahrheiten über Bord geworfen hat. Auch die Arbeiterinnen werden von dieser Welle erfasst; das sieht man an den Zahlen der weiblichen Mitglieder der roten Partei und Gewerkschaften. Wenn sie auch noch nicht alle ungläubig sind, die Aulen sorgen durch Wort und Schrift, daß sie es in absehbarer Zeit werden. „Mancher Arbeiter hat von diesen Sozialdemokraten viel zu leiden, wenn er nicht mit ihnen tut.“ Eine dritte schildert wie man durch Spott und Kränkungen der Arbeiterin ihre Religion verlernen will und wie manche dem fortwährenden Drängen erliegt und Gefahr läuft mit dem Glauben auch ihre guten Sitten zu verlieren. Der Glaube, die Religion ist es ja, aus denen auch die Arbeiterin Kraft, Fähigkeit und Ausdauer schöpft, ihre Arbeit gut und gewissenhaft auszuführen.

Ueber die Sonntagseinhaltung schreibt eine: „Die Sonntagseinhaltung greift immer weiter um sich. In den meisten Fabriken wird an den Feiertagen gearbeitet. Dadurch glauben manche von der Pflicht zum Anhalten der hl. Messe entbunden zu sein. (Nun, des Verfassers: Der Katholik ist durch Kirchengesetz gehalten, auch an diesen Tagen, wenn möglich, vor der Arbeit an Gottesdienst teilzunehmen.) Hier ist das noch nicht so schlimm, aber in Stoppädien, da laßen sie über die Mädchen, die an diesen Tagen ein besseres Kleid anhaben, eben weil sie vorher in der Kirche waren, und

diese bekommen dann allerlei Sticheleien zu hören. (Anm.: Schreiberin hat längere Zeit in einer Großstadt gearbeitet.) Aber auch an den gewöhnlichen Sonntagen wird in dieser Hinsicht viel gefehlt. Für viele ist der Sonntag nur da, um sich auszuhoben, und vielleicht die meisten haben ihr späteres Unglück nur der Sonntagseinhaltung zu verdanken. Auch ich freute mich auf den Sonntag. Hatte ich meine Arbeit getan, so nahm ich entweder die Zeitung oder ein Buch zur Hand. Das war mir die liebste Scholung. Oft mußte ich der Mutter vorlesen. Ich wurde oft bedauert, daß ich immer zu Hause bleiben mußte. Aber sie ahnten nicht, daß ich mit keiner hätte tauschen mögen und daß keine ihrer Vergnügungen mir Ersatz geboten hätten für ein schönes Buch.“ Die vielfach beobachtete Leistung des rechten Verhältnisses der Kinder zu den Eltern wird auf drei Ursachen zurückgeführt. Durch das frühe Geldverdienen wird der junge Mensch zu früh selbständig. Er läßt sich von den Eltern nichts mehr sagen, droht Köstgeld zu geben, oder verläßt das Elternhaus. Oft werden die Eltern geradezu betrogen, dadurch daß die Kinder sich ein eigenes Lohnbuch anschaffen und hierin den Lohn anschriften, wie es ihnen beliebt. Sodann ist es die Puz- und Vergnügungssucht, die zu manchen Konflikten mit den Eltern führt. „Jetzt glaubt sie doch auf alles Anspruch erheben zu können, was jede andere Arbeiterin hat und bekommt. Daran wird nicht gedacht, wieviele Schulden sie noch bei den Eltern abzutragen hat. Auch bedenkt sie nicht, daß sie nun noch mitzuführen hat für ihre kleineren Schwestern und Brüder. Sie verdient jetzt Geld, nun will sie auch nichts mehr entbehren. Eine Arbeiterin wagte es einmal zu ihrer Mutter zu sagen: „Wenn wir denn auch einmal eine Woche kein Fleisch essen, dann bekomme ich aber eine weiße Bluse.“ Eine interessante Bemerkung hierzu machte eine andere: „Vielfach liegt die Schuld auch an den Eltern selber. Viele Eltern bemühen sich aus übergroßer Liebe, jede, auch die kleinste Sorge von ihren Kindern fernzuhalten und diese glauben tatsächlich sie leben in guten Verhältnissen.“ Endlich sind es die allzufrühen Besamtschaften. Die Eltern widersehen sich mit Recht denselben. Kommt da z. B. ein Mädchen und klagt, daß die Eltern die Besamtschaft nicht haben wollen, so heßen die anderen das Mädchen gegen ihre Eltern auf. Und so kommt es denn, daß das Mädchen seinen eignen Willen tut und sogar noch von Hause fortgeht.“

Die mannigfaltig die Gefahren der Verführung sind, wurde schon an einigen Stellen angedeutet. Folgende Darstellung gibt den Eltern und besonders den Leitern der Betriebe wohl zu denken. „Sehr begreiflich ist, daß die Arbeiterin in ihrem Betriebe, wo sie eben eingetreten ist, oft Freundinnen findet, die eigentlich zu ihrer bisherigen Gesinnung gar nicht passen. Woher kommt dies? In der Lehrszeit ist sie meistens viel abhängig von diesen, weil sie ihr die Arbeit zeigen und sie anlernen müssen. Letztere wünschen zuweilen von dem Mädchen, es möge einmal mit da oder dort hin gehen, oder dies und das mitbringen, was nicht immer direkt sündhaft, aber doch mindestens unglücklich ist. Durch solche Unanständigkeit kommt schließlich zu allem was nicht taugt. Weil die Arbeiterin fürchtet, daß man ihr die Arbeit nicht gut und vollständig zeigt, wenn sie das Gesagte nicht tut, gibt

sie diesen Wünschen nach. So kommt sie durch diesen täglichen schlechten Umgang vor und nach auf ganz irrige Pfade, kaum daß sie es merkt. Die Angehörigen spüren es um so besser. Mit ihren Geschwistern zankt und streitet sie nur, nichts ist ihr mehr gut genug. Die Freundinnen sind ihre Besten. Meid und Zank kommen auch vor. Draßlich schilderte eine letzteres. „Heute sind sie die intimsten Freundinnen, da wird sich alles anvertraut und morgen wegen einer Papalie die größten Feindinnen. Da werden die anvertrauten Geheimnisse zum Gaudium der Andern sich gegenseitig an den Kopf geworfen.“

Daß der Arbeiterin Gefahren drohen, der Unsitlichkeit im engeren Sinne zu verfallen, liegt auf der Hand. Besonders gefährdet ist das junge Mädchen dort, wo es unter Männern und Burchen arbeiten muß. Aber auch von Mitarbeiterinnen muß sie manches hören, was nicht für sie ist. Und hier ist es eine allgemeine Klage, daß manche verheiratete Frau den jungen Arbeiterinnen gegenüber nicht die nötige Zurückhaltung in ihren Reden wahr. Manches draßliche Beispiel wie man sich solcher Zudringlichkeit in Wort und Tat erwehrt, wird erzählt. Da die beiden unten abgedruckten Gedanken die meisten Aufsätze enthalten, sei noch folgendes erwähnt. In vielen Fabriken sind Auswärtige beschäftigt und diese müssen ihr Mittagsmal innerhalb des Betriebes verzehren, öfters noch bei verschlossenen Türen. Dadurch ist es ihnen nicht möglich, etwas frische Luft zu schöpfen und sie sind gezwungen, gute Miene zum bösen Spiel zu machen. Da werden denn oft Schundromane gelesen und allerhand zweideutige Geschichten erzählt. In anderen Fabriken dürfen die Arbeiterinnen nicht dableiben und diese müssen dann entweder einen sehr weiten Weg nach Hause machen oder in irgend einem Wirtschafte zu Mittag essen. Ist dieses vorüber, so sind sie auf die Straße angewiesen. Dadurch werden die Kaufen, die doch zum Schutz der Arbeiterinnen eingerichtet sind, für viele eine sittliche Gefahr. All dieses trägt dazu bei, das Schamgefühl ganz zu ersticken. (Anm. d. Herausg. Zur Vorhergehenden war noch auf eine Reihe sittlicher Gefahren hingewiesen.) Man braucht solche Mädchen nur anzusehen und ihr Lachen zu hören, dann weiß man sofort wessen Geisteskinder sie sind. Bemühten die Arbeiterinnen sich nur, den Zweck und das wahre innere Wesen der konfessionellen Vereine und der Gewerkschaften kennen zu lernen, und sie würden zu der Ueberzeugung kommen, daß ihnen hier ein mächtiger Schutz geboten würde.

Eigentumsdelikte sind den Schreiberinnen nur insofern bekannt, als hiemelten mit dem Material nicht sparsam umgegangen wird. Besonders gilt dieses von den Fällen, wo schlechtes Material zu verarbeiten ist. Zwei Bemerkungen über diesen Punkt seien hier wiederzugeben. „Wenn die Arbeiterin sieht, wie andere oft die Zeit toschlagen, und so dem Arbeitgeber das Geld stehlen, kommt ihr oft der Gedanke, du bekommst nicht mehr Lohn als die, willst dich auch mal etwas drücken. Dieses Beispiel ist zuweilen sehr verführerisch. Auch bei der Verarbeitung des Materials läßt sich vieles sparen. Dieses erfordert aber auch mehr Aufmerksamkeit und Mühe. Wer nun eine Lehrgemeisterin hat, die es in diesem Punkte nicht genau nimmt, wird natürlich ebenso nachlässig und verschwenderisch oder noch schlimmer.“

nun denn, er sähe es noch lieber, als wenn sie in die christliche Berufsorganisation einträten.

Die Sache charakterisiert sich ohne Kommentar genügend.

Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1910. Die im „Zentralblatt“ veröffentlichte Uebersicht über die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1910 konstatiert bei den Zentralorganisationen allenthalben einen recht ansehnlichen Fortschritt.

Table with 3 columns: 1909, 1910, Zuwachs. Rows include Sozialdemokr. Verbände, Christliche Verbände, Hirsch-D. Verbände, Unabhängige und Lokalb., and Zusammen.

An dem Aufschwung der Mitgliederverhältnisse sind alle Gewerkschaftsrichtungen in Deutschland beteiligt. Die sozialdemokratischen Zentralverbände verzeichnen eine Zunahme von 184 631 oder 10,7% im Jahresdurchschnitt, von 235 453 von Jahresabschluss zu Jahresabschluss.

Der Vermögensbestand der einzelnen Gewerkschaftsrichtungen stellte sich Ende 1910 also dar:

Table with 3 columns: In Summa, Hauptkasse. Rows include Sozialdemokr. Verbände, Christliche Verbände, Hirsch-D. Verbände, Unabhängige und Lokalb.

Die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften haben nur noch den Mangel, daß in ihrem Finanzgebahren die Gewerkschaftsklassen mit den vollständig getrennt vermarketen Kranken- und Begräbniskassen zusammengeworfen sind.

Wenn das laufende Jahr in der deutschen Gewerkschaftsbewegung so günstig abschließt, wie das letzte, was nach der bisherigen Entwicklung wohl anzunehmen ist, so wird bis Ende des Jahres die dritte Million überschritten sein.

Jena und Zürich. Auf dem Jenaer Parteitag verurteilte Bebel die taktische Dummheit, die der Genosse Däumling durch seine offenerzige Ankündigung des Generalstreiks im Kriegsfall bewiesen hatte.

Was von den Ausführungen Bebels zu halten ist das zeigt die Wertung, die dieselben in der „Gleichheit“, dem Organ der sozialistischen Frauen, findet.

„Diese bürgerliche Wertung von Bebels Referat ist nach ihrer (Jenaer Presse) Meinung noch durch den Parteitag selbst unzweifelhaft durch die Ablehnung der Zusätze zur Resolution in der Marokkofrage bekräftigt worden.“

mit eiserner Faust die Bäume der wenigen sozialistischen Kolonialschwärmer in den, lange ehe sie in den Himmel einer gewandelten Parteistellung wachsen. Sie bewirkt, daß die Kolonialpolitik der sogenannten Kulturstaaten unmöglich ist ohne Verraubung, Ausbeutung und Knechtung barbarischer und halbbarbarischer Völker.

Daß die „Gleichheit“ nicht Unrecht hat, daß sie im Gegenteil Bebels Rede richtig zu würdigen verstand, hat sich nachträglich klipp und klar bewiesen.

„Die Pflicht der Arbeiterklasse und ihrer parlamentarischen Vertretungen“, im Falle eines Krieges „für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.“

Weiter enthält die Resolution die Aufforderung, gegen jede auch auf friedlichem Wege zustande gekommene „Erweiterung der Kolonialbesitzung der europäischen Staaten“ zu protestieren.

Damit ist die ganze in Jena betriebene Heuchelei der Genossen entlarvt und der eigentliche Charakter dieser Partei zur Genüge dokumentiert.

Der Zentralverband christlicher Bauarbeiter hielt in den Tagen vom 11.—13. Sept. in München seine 8. Generalversammlung ab. In dem Geschäftsbericht kommen die Einwirkungen des großen Kampfes zum Ausdruck, den der Verband im vergangenen Jahre mit zu führen gezwungen wurde.

Im Jahresdurchschnitt 1909 zählte der Verband 34 419, für 1910 dagegen 34 048 Mitglieder; also ist hier noch ein kleiner Rückgang zu verzeichnen.

Die christlichen Bauarbeiter werden alles daran setzen müssen, diesem Grundübel der gewerkschaftlichen Entwicklung in etwa vorzubeugen.

Das Kasernenwesen hat sich günstiger entwickelt, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß die Mehreinnahme von 1910 hauptsächlich aus den Extrabeiträgen gelegentlich der Bauarbeiterausperrung im Frühjahr 1910 herrührt.

Im Jahre 1909 betragen die Gesamteinnahmen 655 304 M., im Jahre 1910 dagegen 1 025 542 M. Pro Mitglied wurden 1909 19,84 M., 1910 30,12 M. vereinnahmt.

Table with 3 columns: 1909, 1910, M. Rows include Für Rechtschutz, Krankenunterstützung, Sterbeunterstützung, Streikunterstützung, Gemäßregeltenunterstützung, Verbandsorgan und fremdsprachliche Zeitungen, Agitation, Verwaltung der Zentrale und lokalen Verwaltungsstellen.

Der Riesenanteil der Ausgaben pro 1910 entfällt auf die große Ausperrung. Diese schwere Belastungsprobe hat der christliche Bauarbeiterverband jedoch glänzend bestanden.

Von den Beschlüssen der Generalversammlung seien die wichtigsten genannt:

Einführung einer Beitragsklasse für Jugendliche und Lehrlinge, Einführung einer Militärunterstützung, Minderung der Streikunterstützung dahin, daß der Höchstfuß, der jetzt schon nach drei, in Zukunft erst nach acht Mitgliedsjahren erreicht werden kann.

Beauftragt wurde der Zentralvorstand, bei dem Gesamtverband anzuregen, auf die Tagesordnung des nächsten christlichen Gewerkschaftskongresses die Genossenschaftsfrage zu setzen.

trete Arbeitslosigkeit zwecks Schaffung einer später einzuführenden Arbeitslosenunterstützung.

„Freie“ Gewerkschaften als Wahlhelfer. Die „freien“ Gewerkschaften im Wahlkreis Effen (Ruhr) haben laut Jahresabrechnung der sozialdemokratischen Partei in der Zeit vom 1. Juli 1910 bis 30. Juni 1911 folgende Beiträge zum Wahlfonds geleistet:

Gewerkschaftsverband Effen 500 M., Deutscher Metallarbeiterverband 300 M., Deutscher Bauarbeiterverband 260 M., Dachdeckerverband 100 M., Verband der Brauer 80 M., Verband der Steinarbeiter 20 M., Verband der Böttcher 6 M., Fabrikarbeiterverband 5 M., zusammen 1221 M.

Außerdem sind da noch eine Anzahl anderer Posten, wie Uebererschuß vom Metallarbeiterfest 27,50 M., Uebererschuß vom Bergarbeiterfest 25 M., Bezirksfest der Holzarbeiter 13,20 M., von den Buchdruckern der Arbeiterztg. 15 M., usw., die man wohl auch als Beiträge aus Gewerkschaftsmitteln bezeichnen kann.

Im Wahlkreis Ebing-Marienburg führten nach der Danziger sozialdemokratischen „Volksmacht“ (Nr. 37, 9. Sept. 1911) an den Wahlfonds der sozialdemokratischen Partei ab:

Fabrikarbeiterverband 1. Rate 22,50 M.; Fabrikarbeiterverband 2. Rate 27,50 M., Bauarbeiterverband 2. Rate 150 M., Verband der Maschinisten und Feizer 1. Rate 10 M., Verband der Dachdecker 3. Rate 5 M., deutscher Metallarbeiterverband 100 M., „Deutscher Holzarbeiterverband“ 1. Rate 25 M.

Neben dieser finanziellen Unterstützung wird auch in „freien“ Gewerkschaftsversammlungen eine rührige Propaganda für die Sozialdemokratie getrieben.

Vorsicht, Mitglieder der freien Hilfskassen! Eine ganze Anzahl von christlichen Textarbeitern und christlichen Arbeitern anderer Berufe gehören sogenannten freien Hilfskassen an. Diese Leute müssen auf die teils offenen, teils verdeckten Bestrebungen aufmerksam gemacht werden, die in letzter Zeit wieder in verstärktem Maße von sozialdemokratischen Drahtziehern in Gang gebracht worden sind.

Beil die Ueberführungen der Kassen an die Gewerkschaften auf Schwierigkeiten und Widerstände stoßen, wendet man, um den Zweck zu erreichen, das Mittel der Auflösung der Kassen an.

„Das nach der Auflösung der Kasse verbleibende Vermögen wird zunächst zur Deckung aller Verbindlichkeiten der Kasse verwendet. Für den Fall, daß nach Erfüllung aller Verbindlichkeiten ein Vermögensüberschuss verbleibt, wird derselbe, sofern nicht die Kasse mit allen Aktiven und Passiven zu einer anderen Kasse übertritt, dem Zentralverband der Zimmerer und verwandten Berufsgenossen Deutschlands, Sitz Hamburg, überwiesen.“

Es müssen wohl vier Fünftel der vertretenen Stimmen für die Auflösung sein, wenn dieselbe durchgeführt werden soll.

Zur Auflösung einer Kasse müssen aber schon triftige Gründe vorliegen, ehe man zu einer solchen schreitet. Die Mitglieder der Hilfskassen werden im eigenen Interesse gut daran tun, wenn sie der Sache Beachtung schenken.

Erinnert sei bei dieser Gelegenheit an die Geschichte des Senefelderbundes. Dieser, eine Vereinigung zum Zwecke der Unterstützung an Kranke, Invaliden und Witwen, sollte im Jahre 1905 mit dem Verbands der Lithographen verschmolzen werden.

31 Mitglieder des Bundes strengten gegen diesen Beschluß Klage an, die schließlich bis ans Reichsgericht kam, das den Klägern recht gab.

Der Fall zeigt deutlich, daß die Gewerkschaft bis zu einem gewissen Grade die einzelne Person schützt gegen Uebergriffe von Korporationen.

Mögen die christlichen Mitglieder der Hilfskassen überall auf der Hut sein.

Rot oder kein Brot! Einen Familienvater, so wird uns aus Forst i. Lausitz geschrieben, aus Brot und Arbeit gebracht zu haben, weil er christlich organisiert war und nicht zum sozialdemokratischen Maurerverbande überzutreten wollte, mußte der Maurerpolier Otto S. aus Mehlten mit 50 M. Geldstrafe büßen. Das „Forster Tageblatt“ berichtet über die Schöffengerichtsverhandlung in Forst vom 3. Oktober folgendes:

„S. waren als Leiter eines Baues einige Arbeiter unterstellt, von denen einer, der Arbeiter St., dem christlichen Verbände angehörte. Dieser Arbeiter wurde von seinen Kameraden fortgesetzt aufgefördert, dem sozialdemokratischen Verband der Maurer Deutschlands beizutreten. St. weigerte sich, der Aufforderung nachzukommen, da er schon organisiert sei. Der Polier, der ebenfalls versucht hatte, St. dem sozialdemokratischen Verbände zuzuführen, geriet darüber in Aufregung; er bedrohte St. mit Schlägen und beschimpfte ihn obendrein. Schließlich entließ er ihn aus seiner Arbeitsstelle aus genannten Gründen. S. legt sich vor Gericht aufs Weagen; er wird aber durch die bestimmten Zeugenaussagen der Straftat überführt. Das Gericht erkennt wegen Nötigung im Sinne des § 240 des R.-Str.-G. unter gleichzeitiger Berücksichtigung der bisherigen Unbescholtenheit des Angeklagten auf 50 Mark Geldstrafe. Der Amtsanwalt hatte zwei Wochen Gefängnis beantragt.“

Bemerkenswert ist, daß die sozialdemokratische „Märkische Volksstimme“ in ihrem Bericht über die Gerichtsverhandlung allerhand „Schönfärbereien“ zugunsten des angeklagten Genossen bringt. Der Eifer, mit welchem solches geschieht, ist doch sehr verdächtig. Die „M. V.“ schreibt über „Terrorismus“ in Gänjesüßchen. Der „Märkischen Volksstimme“ möchten wir empfehlen, das sozialdemokratische Zentralorgan „Vorwärts“ Nr. 192/1907 genau nachzusehen. Man wird dort finden, daß der Terrorismus als erlaubtes und kulturförderndes Mittel bezeichnet wird. Die sozialdemokratische „Väterzeitung“ schreibt im Januar 1905: „Der Terrorismus ist hochmoralisch, weil kulturfördernd, wenn auch der Dache des Strafgesetzbuches daneben lauert.“

Man braucht sich über die Hunderte von verübten Terroristatfällen nicht zu verwundern. — Früchte der sozialdemokratischen Erziehung. —

Aus unserer Industrie.

Rundschau auf dem Textilmarkt.

Der Arbeitsmarkt hat im August kein wesentlich anderes Aussehen bekommen als im Juli. Auf 100 offene Stellen für männliche Personen kamen im Juli 141 Arbeitsgesuche; der August hat eine kleine Verschlechterung erfahren, indem sich diese Zahl auf 142 stellte. Gegen den gleichen Monat des Vorjahres, wo auf 100 offene Stellen 154 Arbeitsgesuche kamen, weist der Arbeitsmarkt eine stark steigende Tendenz auf. Auch der Arbeitsmarkt für weibliche Personen hat gegen den Juli eine unbedeutende Verschlechterung erfahren, gegen den August des Vorjahres eine erhebliche. Es kamen auf 100 offene Stellen im August dieses Jahres 90 Arbeitsgesuche, im Juli 89, im August 1910 87.

Die Gesamtzahl der an das Reichsarbeitsblatt berichtenden Arbeitsnachweise betrug im August 735. Für männliche Arbeitsuchende, deren Zahl 368000 (363000) war, standen 259000 (258000) offene Stellen zur Verfügung; die Zahl der Vermittlungen stellte sich auf 213000 (212000). Von weiblichen Arbeiterinnen lagen 75000 (66000) Gesuche vor, denen 83000 (75000) offene und 49000 (43000) besetzte Stellen gegenüberstanden. Im ersten Falle hat sich die Zahl der Arbeitsgesuche also um 5000 vermehrt, die der Vermittlungen aber nur um 1000, ebenso wie die der offenen Stellen. Im zweiten Falle haben wir eine Vermehrung der Arbeitsgesuche von 9000, die der offenen Stellen betrug 10000, die der besetzten dagegen nur 6000.

Der Textilindustrie

brachte der August eine Verschlechterung des Arbeitsmarktes, besonders für männliche Arbeiter. Auf 100 offene Stellen kamen 136 Arbeitsgesuche, gegen 126 im Juli. Gegen den August des Vorjahres allerdings haben wir immer noch eine beträchtliche Besserung. Hier kamen auf 100 offene Stellen 143 Arbeitsgesuche. Nicht in demselben Maße wie vom Juni auf den Juli hat die Verschlechterung auf dem Markt für weibliche Arbeitskräfte zugenommen. Auf 100 offene Stellen kamen im August 85 Arbeitsgesuche, gegen 81 im Vormonat und 88 im August 1910. Wenn man bedenkt, daß noch im Mai d. J. nur 56 Gesuche auf 100 offene Stellen kamen, so kann man aber doch der fortschreitenden Verschlechterung des Arbeitsmarktes nicht ohne Besorgnis entgehen.

Im ganzen lagen für die Textilindustrie 2473 Arbeitsgesuche vor, denen 1797 offene und 1696 besetzte Stellen gegenüberstanden; im Vormonat waren die Zahlen 2570, 2029 und 1874. Danach haben sich die Arbeitsgesuche um 97 vermindert, die offenen Stellen dagegen haben eine Abnahme von 232 erfahren, die der besetzten um 178. Diese letzten Zahlen spiegeln deutlich den ungünstigen Stand des Arbeitsmarktes in der Textilindustrie wieder.

Unsere Volkswirtschaft hatte in der Berichtsperiode schwere Stürme zu erleiden. Auf die Dauer vermochte die Börse

den Kriegsgerüchten, die wegen der Verhandlungen über Karolitz aufstauten, nicht zu widerstehen. Zweimal ist an dem Hauptbörsenplatz in Berlin eine Panik ausgebrochen, die mit ihren großen Kursrückgängen gewaltige Verluste brachte. Allerdings war noch ein anderer Umstand an dem plötzlichen Fall schuld. Unsere In-

dustrieaktien — auch die aus der Textilindustrie — hatten teilweise einen Hochstand erreicht, der eine Rechtsfertigung in dem tatsächlichen Stand des Unternehmens nicht mehr finden konnte. Die Kurse wurden ohne Beachtung der tatsächlichen Verhältnisse — insbesondere ohne Beachtung der Ertragsresultate — in die Höhe getrieben. Daß darauf ein Rückschlag kommen mußte, ist selbstverständlich.

Die Unsicherheit der Sparer äußerte sich in plötzlichen Abhebungen an der Sparkasse — ein Vorgehen, das bei weiterer Verbreitung die schwersten wirtschaftlichen Schäden im Gefolge gehabt hätte. Sie hätten sich um so empfindlicher gezeigt, als wir eben mitten in der Versteifung des Geldmarktes stehen, die in der Erhöhung des Diskonts durch die Reichsbank auf 5% ihren sichersten Ausdruck findet. Ein Moment, der für die gesamte Industrie, insbesondere auch für die Textilindustrie, schwere wirtschaftliche Nachteile haben kann, ist die zunehmende Teuerung der Nahrungsmittel. Worin diese ihren Grund hat, soll an anderer Stelle erörtert werden. Hier soll nur erwähnt werden, daß durch sie eine Zurückhaltung der Verbraucher an weniger Notwendigen eintreten muß — es ist eine alte Erfahrung, daß in solchen Fällen immer zuerst die Bekleidungsindustrie zu leiden hat, denn die Beschränkung erfaßt zuerst den Konsum an Kleidern. Es ist natürlich bei der einzelnen Industrie nicht möglich, zahlenmäßig den Verlust durch derartige Tendenzen anzugeben, ihre allgemeine Lage aber sagt genug.

Unsere Zweifel, die wir schon öfters über die Richtigkeit

amerikanischen Baumwollernteschätzungen

geäußert haben, hat seine Bestätigung erfahren. Gleich zu Beginn des Berichtsmontats legte der Regierungsbericht über den Ausfall der Ernte die Interessenten in Aufregung. Danach sollte er eine Verschlechterung von nicht weniger als 15% aufweisen. Der Bericht war zweifellos zum mindesten unrichtig, wenn nicht gefälscht. Die Farmer fürchten ein Sinken der Baumwollpreise und deshalb bemühen sie sich, die Ernteschätzungen ungünstig zu beeinflussen. Dem gleichen Zweck dient das Manöver, das in einem Rundschreiben von sieben Abgeordneten an die Farmer besteht, die Baumwolle nicht unter 13 bzw. 15 Cents zu verkaufen. Ebenfalls unter diese Rubrik ist die Nachricht zu setzen, wonach die Farmer-Union 60 Mill. Dollars zur Verfügung haben soll, um durch Aufkäufe u. d. die Baumwollpreise zu halten. Wenn der Regierungsbericht zuträfe, wäre eine Ernte von 13 1/2 bis 13,80 Mill. Ballen zu erwarten, während die bisherigen Schätzungen 14,30 bis 14,50 Mill. ergaben. (1910/11 hatte die Ernte 11,9, 1909/10 10,2, 1908/9 13,5 Mill. Ballen ergeben.) Wertwürdigerweise haben alle diese Nachrichten auf den Baumwollmarkt kaum einen Einfluß ausgeübt, weder in Amerika noch in anderen Ländern. Die Preise erfuhren zwar in Liverpool anfangs September eine kleine Erhöhung, die sich aber nicht halten konnte. Die gleiche Entwicklung können wir in Bremen beobachten. Die Preise sanken wieder trotz der starken Nachfrage, die eine Folge des starken Verbrauchs und der nur noch geringen Vorräte ist. Von der Weltproduktion von 16870 Mill. Ballen im Jahre 1910/11 waren am 1. September 16392 Mill. Ballen verbraucht, sodaß ein Rest von nur 47800 Ballen bleibt. Aus der niederrheinischen Spinnerei- und Webereiindustrie wird gemeldet, daß in Baumwollgarnen ein außerordentlich lebhaftes Geschäft herrscht, die gedrückten Preise veranlassen die Verkäufer zu umfangreichen Deckungen; sie wurden erst infolge der weiter fallenden Baumwollpreise eingedämmt.

Baumwollenmarkt.

Der Baumwolltüchermarkt ist ruhig, die Preise sind aber fest geblieben; das Geschäft in Baumwollwaren ist überhaupt gegenwärtig sehr ruhig. Aus der englischen Textilindustrie wird berichtet, daß die Baumwollspinnereien genügend Beschäftigung hätten, eine neulich vorgenommene Reduktion der Preise hat sehr belebend gewirkt, diese selbst sind gedrückt und stehen nicht im Einklang mit den Baumwollpreisen. Sehr traurig ist der Geschäftszugang in vielen Webereien, wo täglich Einschränkungen vorgenommen werden — da die Nachfrage ganz unbedeutend ist. Die Baumwollindustrie in ihrer Gesamtheit bietet immer noch das gleiche Bild. Besonders schwer ist sie in Amerika, Frankreich, Belgien und im Mittelmeergebiet getroffen; auch in Deutschland ist mit verhängnisvollen Ausnahmen die Lage ungünstig, wenn sich auch in der letzten Zeit eine kleine Aufwärtsbewegung bemerkbar gemacht hat. In der Schweiz, in Dänemark, Desterreich und Spanien lassen die Anzeichen ebenfalls auf eine Besserung schließen. Gut ist der Geschäftszugang in Holland und ziemlich gut in England.

Anfangs September hatte es den Anschein, als ob auf dem

deutschen Wollmarkt

die so lang ersehnte Belebung einsetzen wollte. Der Schein war trügerisch. Zwar war gegen Schluß der Berichtszeit die Nachfrage etwas stärker, doch kam sie über die notwendigen Deckungsstände nicht hinaus, das Ausland verhielt sich ganz passiv. In Kammerzug, Kämmlingen und Abfällen ist der Markt ruhig. Auch die Beschäftigung der Wollspinnereien ist nicht übermäßig, dabei sind die Preise für Garne gedrückt. Die anfangs einsetzende lebhafteste Nachfrage hat sich nicht zu halten vermocht. Die Webereien liegen so ruhig, daß Betriebserschließungen vorgenommen wurden; auch im Birklwarengeschäft ist eine Änderung nicht eingetreten, die Lage ist ruhig. Aus dem Elsass wird eine gute Beschäftigung der Wollspinnereien und Webereien gemeldet, bei durchaus günstigen Preisen. Die Möbelstoff-, Teppich- und Deckenindustrie zeigt keine Belebung.

Raum besser lauten die Nachrichten von der französischen Wollindustrie. Der Wollmarkt ist ruhig trotz einer kleinen Belebung. Kammerzüge, Kämmlingen und Wollabfälle sind schlecht gefragt. Das Geschäft in England weist keinen großen Unterschied von den über eben besprochenen Ländern auf, nur Cheviot ist etwas lebhafter.

Eine wesentliche Veränderung gegen den im letzten Bericht dargelegten Stand hat

der Futemarkt

erfahren. Wie wir schon früher gesagt haben, waren die Erwartungen auf die diesjährige Futelernte sehr hoch gespannt. Nimmehr besagt die letzte Ernteschätzung von Kalkutta, daß nur auf 3 1/4 Mill. Ballen oder 3% mehr als im Vorjahr zu rechnen wären und das obgleich die Anbaufläche einen um 6% größeren Umfang hat. Infolge dieser Nachrichten wurde das Geschäft sehr lebhaft, was natürlich ein kräftiges Anziehen der Preise bewirkte. Der deutsche Futerverband hat denn auch schon diese offiziell in die Höhe gesetzt. Damit dürfte die Entwicklung, die vor ca. drei Monaten eingesezt hat und die Futepreise mehrfach herabdrückte, beendet sein. Auch in Frankreich zeigt sich eine entsprechende Aufwärtsbewegung. Hier wie in Deutschland konnten die Futepinnereien und Webereien vermehrte Aufträge bei steigenden Preisen hereinnehmen.

Eine ähnliche Erscheinung bietet uns

der Flachsmarkt.

Auch hier setzten man große Hoffnungen auf die diesjährige Ernte, besonders auf die in Rußland. Auch diese Hoffnungen sind stark abgefaßt worden. Von der Ernte im Inland steht das eine fest, daß sie nicht besser ausgefallen ist als im letzten Jahre; von Rußland weiß man nur, daß die Saaten ganz verschieden stehen, so daß auf keinen Fall mit einer gleichmäßig guten Ernte zu rechnen ist. Unter diesen Verhältnissen ist es kein Wunder, daß die Flachsgarne lebhafter gefragt wurden und die Preise fester geworden sind; die Verbraucher sehen ein, daß eine längere Zurückhaltung doch keinen Zweck mehr hat, da die Flachs- und Garnpreise kaum erheblich sinken dürften. Der Seinenmarkt weist ein günstigeres Gepräge auf. Der Markt in Frankreich und in England zeigt fast durchweg dieselbe Gestaltung wie in Deutschland. Aus Belgien kam anfangs September die Nachricht, daß die Flachsspinnereien von Gent beschlossen hätten, ihre Fabriken auf die Dauer von drei Monaten an den Samstagen zu schließen. Ob diese Maßregel auch unter den veränderten Verhältnissen aufrecht erhalten wird, dürfte zweifelhaft sein.

Die Seidenindustrie

hat in Deutschland einen Aufschwung genommen, in Breslau wurden vermehrte Aufträge eingenommen; in Mailand zeigte sich immer noch keine Unternehmungslust; die politischen Verhältnisse machen sich übrigens unangenehm bemerkbar, indem einzelne Fabrikanten Angstverkäufe zu sehr gedrückten Preisen an das Ausland machten. In Lyon macht sich allenthalben ein lebhafteres Geschäft bemerkbar. In Samt, Tüchern und Bändern ist regere Nachfrage; Tüll liegt nach wie vor darnieder, gerade so wie bei uns. Auch in seidenen Spitzen kann man unsere Verhältnisse in Parallele setzen, denn hier wie dort ist die Lage zufriedenstellend. Bei uns lauten die Berichte aus dem Vogtland besonders günstig nicht nur für Spitzen, sondern auch für Stickereien; die Mode verlangt sehr stark nach diesen.

Aus dem Verbandsgebiete.

An die Ortsgruppenvorstände zur gefl. Beachtung.

In der nächsten Zeit wird die Zeitungs-Versandliste einer Revision unterzogen, um festzustellen, ob die Zahl der bezogenen Exemplare mit der vorhandenen Mitgliederzahl übereinstimmt.

Die Revision wird sich auch auf die von uns gelieferten Arbeiterinnen- und die ausländischen Organe erstrecken.

Etwa zu viel bezogene Organe werden aus der Versandliste gestrichen.

Wir richten deshalb an die Ortsgruppenvorstände die freundliche Bitte, auch ihrerseits unverzüglich nachzusehen, ob nicht mehr Zeitungen bezogen werden, als den Mitgliedsverhältnissen entsprechend notwendig sind. Die zuviel bezogenen Exemplare sind gleich bei der Zentralfstelle abzugeben.

Mit kollegialem Gruß!

Die Geschäftsstelle:
Düsseldorf, Kavalleriestr. 22.

Lohnbewegungen und Arbeitsfreitigkeiten.

Forst i. Lausitz.

Der Zehnhunderttag in der Niederlausitzer Textilindustrie. Die Umstände erfordern es, daß sich unsere Ortsgruppe wiederum mit dieser Frage beschäftigen muß. Es geschah in einer sehr stark besuchten Mitglieder-versammlung am 4. Oktober. Ueber die Angelegenheit referierte unser Bezirksleiter, Kollege Sparenberg.

Die Einführung des Zehnhunderttages war jahrelang Gegenstand lebhafter Erörterungen. Endlich haben die gesetzgebenden Körperschaften, wenigstens für Arbeiterinnen, am 1. Januar 1910 den Zehnhunderttag gesetzlich eingeführt. Die berechnigte Forderung, zu gleicher Zeit auch für die männlichen Arbeiter den Zehnhunderttag ein-

zuführen, wurde nicht erfüllt. Durch die ungleiche Arbeitszeit ergaben sich vielfach Unzutraglichkeiten. Dessen wurde darüber geklagt, daß der Zehnstundentag eigentlich nur auf dem Papier stünde. Ein altes, jahrelang erlaubtes Recht, das Waschen und Umkleiden während der Arbeitszeit vorzunehmen, wurde kurzerhand durch Anschlag in den Fabriken illusorisch gemacht.

Am 13. März d. J. wurde endlich in sämtlichen Textilbetrieben durch Anschlag bekannt gemacht, daß ab 1. Oktober auch für die männlichen Arbeiter der Zehnstundentag eingeführt werden solle. Die Ortsgruppe Forst unseres Verbandes hielt am 28. März eine sehr gut besuchte Versammlung ab und sandte dem Arbeitgeberverband eine Eingabe mit folgenden Vorschlägen:

1. Die Arbeitszeit möge Sommer und Winter morgens 7 1/2 Uhr beginnen und abends 6 Uhr schließen. Eine 1 1/2 stündige Mittagspause soll in die Zeit von 12 bis 1 1/2 Uhr fallen.
2. Um durch die Reduzierung der Arbeitszeit eine Schmälerung des Einkommens aller im Stundenlohn beschäftigten Arbeiter nicht eintreten zu lassen, möge eine Aufbesserung von 2 Pfg. pro Stunde bei allen diesen Arbeitnehmern vorgenommen werden.

Die von verschiedenen Arbeitgebern geübte Praxis, den Stundenlöhnen für Frühstück- und Vesperpausen den Lohn in Abzug zu bringen, möge aufgegeben und der Lohn durchgehend gezahlt werden.

3. Damit auch die im Afford beschäftigten Weber, trotz Verkürzung der Arbeitszeit, ihre alte Lohnhöhe erreichen können, mögen die vielfach vorhandenen mißlichen Zustände in den Betrieben beseitigt werden. Verarbeitung schlechten Materials und Warten auf Material, desgleichen Weben mit schlechtem Geschirre sind so zu vergüten, daß dem Weber ein Wochenlohn von 24 Mark garantiert ist.

Muß der Weber ihm nicht zufallende Nebenarbeiten verrichten, wie Musterkarte anfertigen, Kette bäumen, Kettenbäume tragen u. dergl., so ist er dafür in gleicher Höhe zu entschädigen. Scherzsummen sind gegenwärtig vielfach garnicht oder ungenügend bezahlt; ein Stundenlohn von 40 Pfg. möge hier allgemein Anwendung finden.

In verschiedenen Betrieben besteht der Brauch, daß männliche Weber für die weiblichen die Kettenbäume transportieren müssen, desgl. angefertigte schwere Warenstücke, wofür die Weberinnen eine Entschädigung zahlen müssen. Wo eine Verringerung dieser Entlohnung nicht möglich ist, sollen zur Entschädigungszahlung nicht die Weberinnen, sondern der Betriebsinhaber verpflichtet sein.

4. Den in Afford beschäftigten Spinnern und Fadenanlegern möge alles Bauen an den Maschinen und Warten auf Material durch Stundenlöhne, die ihrem sonstigen Verdienst entsprechen, bezahlt werden. Vielmals wird für kurze Spinnpartien nur eine ungenügende oder gar keine Vergütung gezahlt. Dies möge hingegen in solcher Höhe geschehen, daß die beteiligten Affordarbeiter eine Lohnschmälerung nicht erfahren. Bedient ein Spinner zwei Maschinen, so soll er mindestens vier Fadenanleger haben.
5. Kettenmacher, Zwirnerinnen und Spulerrinnen haben gegenwärtig ebenfalls vielfach unter schlechtem Material und Warten auf Material zu leiden. Diese beiden Faktoren beeinflussen überhaupt die Verdienstmöglichkeit aller Affordarbeiter außerordentlich ungünstig. Die versammelte Arbeiterschaft ist überzeugt, daß diese beiden Erscheinungen sehr oft nur ein Ausfluß mangelhafter Anordnung und unvorteilhafter Disposition innerhalb des Fabrikbetriebes sind. Die Abstellung dieser Mängel möge daher, als im Interesse von Arbeitnehmern und Arbeitgebern liegend, bestimmt und wirksam durchgeführt werden.
6. Wo noch nicht vorhanden, wolle man zum Schutze der Gesundheit der Arbeiterschaft gute hygienische und sanitäre Einrichtungen schaffen. (Ventilationen, Wasch- und Umkleideräume und dergl.)
7. Einer strengeren Ueberwachung des Kantinenwesens und der Errichtung von Schankstätten für alkoholfreie Getränke in den Fabriken wollen die Fabrikherren im Interesse des Gesamtwohles eine gesteigerte Aufmerksamkeit zuwenden.
8. Die Erfüllung der vorgenannten Wünsche und Anträge wird die Produktion ganz wesentlich erhöhen. Man wolle daher die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit an den Vortagen von Sonn- und Feiertagen für alle Arbeiter unter Anwendung des sogenannten freien Nachmittags ernstlich ins Auge fassen.

Diese Eingabe und ein Schreiben der Bezirkskonferenz zu Sorau vom 8. Mai, in welchem auf die Eingabe vom 28. März hingewiesen wurde, hat der Arbeitgeberverband einfach unbeantwortet gelassen.

In den letzten Tagen des September wurde durch einen erneuten Anschlag in den Forster Textilbetrieben bekannt gemacht, daß ab 1. Oktober der Zehnstundentag auch für Männer in Kraft trete. Gleichzeitig wurde die Arbeitszeit festgesetzt und das Waschen und Umkleiden während der Arbeitszeit verboten. Der Arbeiterschaft wurde drei volle Tage — darunter war auch noch ein Sonntag — Zeit gegeben, sich zu der Aenderung der Arbeitsordnung zu äußern. Weiter nichts! Die Arbeitgeber hätten doch jedenfalls der Arbeiterschaft etwas mehr mitteilen können. Vielleicht folgendes Schreiben, welches uns ein günstiger Wind auf den Tisch geweht hat: Arbeitgeberverband der Textilindustrie zu Forst i. L. (G. B.) Forst (Saus), den 10. März 1911.

An unsere Mitglieder!
Nachdem der Arbeitgeberverband der Sausiger Textilindustrie die Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit auch für Männer ab 1. Oktober d. J. beschlossen hat, und in der ordentlichen Mitgliederversammlung unseres Forster Arbeitgeberverbandes vom 2. März über diesen Beschluß ausführliche Mitteilungen gemacht worden sind, geben wir unsern Mitgliedern bekannt, daß dieser am Montag, den 13. März, in sämtlichen Verbandsbetrieben durch besorgende Ausgänge zur Kenntnis der Arbeiter gebracht werden muß. Wir gestatten uns, noch zu bemerken, daß der Beschluß nur die Tatsache der Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit bedeutet. Ueber die Lage der Arbeitsstunden, Länge der Mittagspause u. dergl. wird späterhin Beschluß gefaßt werden. Selbstverständlich sollen, wie dies auch früher bei Reduktionen der Arbeitszeit der Fall war, durch diese Maßnahmen die im Stundenlohn beschäftigten Arbeiter keinen Lohnausfall erleiden, und es sind deshalb unter Zugrunde-

legung der abgeänderten Arbeitszeit ab 1. Oktober die Löhne so umzurechnen, daß die gleichen Verdienste wie bisher erzielt werden. Es dürfen jedoch nur die geleisteten Arbeitsstunden berechnet und bezahlt werden, da es nur so möglich ist, Mißlichkeiten, die sich herausgestellt haben, zu vermeiden. Pausen sind nicht mitzurechnen.

Bei Verstößen gegen diese bindende Vorschrift wären wir zu unserem lebhaftesten Bedauern gezwungen, von dem in der Satzung vorgesehenen Bestrafungsrecht Gebrauch zu machen. Ganz besonders ist darauf zu achten, daß den mit der Lohnberechnung betrauten Betriebsbeamten durch die Chefs die pünktliche Beachtung dieser Vorschrift aufs eindrucklichste zur Pflicht gemacht wird.

Hochachtungsvoll
Arbeitgeberverband der Textilindustrie zu Forst i. L. (G. B.)
Der Vorsitzende, Der Geschäftsführer.
(gez.) Franz Avelis. (gez.) Dr. Baer.

Bis zur Stunde, wo dieses geschrieben wird, haben wir noch nicht erfahren können, ob obiger Beschluß des Arbeitgeberverbandes auch durchgeführt wird.

Wir sind der Meinung, daß nicht allein die Stundenarbeiter, sondern auch die Affordarbeiter Berechtigungen hätten auf Erfüllung ihrer bescheidenen Wünsche. Allzu großen Hoffnungen dürfen wir uns nicht hingeben, daß freiwillig mehr gezahlt und auch sonst nach dem Rechten gesehen wird. Einige Arbeitgeber sollen ja etwas zugelegt haben. Aber in einem Betriebe will man das Zweistufigsystem einführen und in einem anderen hat man sogar noch Abzüge gemacht. Bei der gegenwärtigen Teuerung kann die Arbeiterschaft aber unmöglich noch einen Lohnausfall erleiden. Es müssen daher Mittel und Wege gefunden werden, um der Arbeiterschaft einen auskömmlichen Lohn zu verschaffen.

Auch dem Kapitel „Arbeiterauschüsse und Mitbestimmungsrecht beim Lohn- und Arbeitsvertrage“ muß noch bedeutend mehr Interesse entgegengebracht werden. Als bestes Mittel, sich Anerkennung und Erfüllung berechtigter Wünsche zu verschaffen, sei die Zugehörigkeit zum Zentralverband christlich-nationaler Textilarbeiter zu betrachten.

Selbstverständlich könne uns niemand verübeln, wenn wir in der vorliegenden Angelegenheit mit den anderen Organisationen gemeinsam vorgehen würden. Vorbedingung eines gemeinsamen Handelns jedoch ist, daß man uns von anderer Seite als gleichberechtigt anerkennt und die zu unternehmenden Schritte nicht im Widerspruch mit unseren Prinzipien stehen. So der Gedankengang des mit Beifall aufgenommenen Vortrages. Die Diskussion ergab vollständige Einmütigkeit. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die heutige, im Restaurant „Zum Prälaten“ tagende, sehr zahlreiche besuchte Mitgliederversammlung des christlich-nationalen Textilarbeiterverbandes hält an die dem Arbeitgeberverband am 28. März d. J. unterbreiteten Wünsche und Vorschläge fest. Die Versammlung beauftragt die Verbandsbeamten, geeignete Schritte zu tun, damit die Niederlaufjäger Textilarbeiterchaft einen, den heutigen Teuerungsverhältnissen angemessenen Lohn erhält. Der Zehnstundentag ist zu einem wirklichen zu gestalten. Das heißt: das alte Recht, das Waschen und Umkleiden während der Arbeitszeit zu verrichten, darf nicht geschmälert werden. Auch ist der Arbeiterschaft eine angemessene Zeit zum Einnehmen des Frühstücks und Vespers zu gewähren.“

Alle Mitglieder versprochen, an dem Ausbau des christlich-nationalen Textilarbeiterverbandes nach Kräften mitzuwirken.“

Aus unseren Bezirken.

Die Konferenz des Bezirks Hannover
 fand am 17. Sept. in Hannover-Linden statt. Es war die erste Konferenz des 7. Bezirks. Vertreten waren alle Ortsgruppen mit Ausnahme von Eisenach und Gerode. Im Auftrage des Zentralverbandes nahm Kollege Heutmann an der Tagung teil, auch waren einige Kolleginnen und Kollegen aus unserer, sowie aus der Ortsgruppe Döhren anwesend. Präzise 11 Uhr eröffnete Kollege Lenjing mit einem herzlichen Willkomm die Verhandlungen; auch der Vorsitzende des Ortskartells, Kollege Krebs, sowie der Vorsitzende unsere Ortsgruppe begrüßten die Erschienenen in herzlichster Weise. Nach Wahl des Bureau, welches sich aus den Kollegen May-Dingelstädt, Thume-Delmenhorst und Huke-Neumünster als Beisitzer, sowie Osburg-Hannover-Linden als Schriftführer zusammensetzte, trat man in die Verhandlungen ein. Die Tagesordnung umfaßte

1. Bericht des Bezirksleiters über den Stand des Bezirks;
2. Die Lage des Verbandes und unsere nächsten Aufgaben;
3. Die kommende Herbst- und Winteragitation;
4. Neuwahl des Bezirksleiters.

Seit dem 1. Okt. v. J. ist eine mäßige Mitgliederzunahme zu verzeichnen; die größte hatte Neumünster mit 80, auch Dingelstädt hatte einen ansehnlichen Zuwachs. An Einnahmen sind in 3/4 Jahren 15370 M., an Ausgaben für Krankenunterstützung 3219, an Arbeitslosenunterstützung 395 M. zu vermerken. Ablieferung an die Zentrale 9623 M. Lohnbewegungen wurden geführt in Hannover, Neumünster, Schiffbeck (siebenwöchiger Streik), Delmenhorst und Bremen.

Zum zweiten Punkt nahm Kollege Heutmann das Wort über die Lage des Verbandes sowie über die unsern harrenden Aufgaben. Ueber Herbst- und Winteragitation sprach Kollege Osburg-Hannover. In der Diskussion wurde noch viel des Interessanten gebracht, so z. B. die lebenswürdige Art, mit welcher einige Herren Pfarrer des Eichsfeldes uns Hindernisse bereiten, weil sie ihr Ideal in den Fachabteilungen „Sich Berlin“ sehen. Doch drängen wir auch hier immer weiter vor. Im Norden ist an einigen Stellen das innige Hand-in-Hand-Arbeiten von Sozies und Meißern zu registrieren. Als Bezirksvorsitzender wurde Kollege Lenjing einstimmig gewählt. Auch der Antrag Thume-Delmen-

horst, den nächsten Bezirksstag wieder in Hannover abzuhalten, fand einstimmige Annahme. Nachdem Kollege Lenjing noch allen Teilnehmern herzlich gedankt und zu treuer Mitarbeit aufgefordert, wurde die schön verlaufene Konferenz geschlossen.

N.B. Nachstehende Resolution fand einstimmig Annahme:

Die erste Konferenz des 7. Verbandsbezirks hält eine Erhöhung der Einkünfte der Zentralkasse für dringend notwendig. Um dieses Ziel leichter erreichen zu können, empfiehlt sie den Ortsgruppen, demnächst wöchentliche Lokalbeiträge einzuführen.

Außerdem erwartet die Konferenz von der nächsten Verbands-Generalversammlung den Beschluß, Arbeitslosenunterstützung nur an wirklich Arbeitslose zu zahlen.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Bocholt. „Nette Zustände“ scheinen hier selbst bei der Firma Gebr. Braunschweig zu herrschen. In diesem Sommer wollten die Arbeiter dort in eine Lohnbewegung zur Aufbesserung der keineswegs rosigen Verhältnisse eintreten. Letzteres hätte auch geschehen können, wenn nicht eine größere Anzahl der Belegschaft auf dem Standpunkt geblieben wäre, der Verband und „die anderen“ müßten ihnen die Rastanien aus dem Feuer holen, dieweil sie selbst keine Opfer zu bringen hätten. Es sollte „gleich losgehen“, ohne Rücksicht darauf, daß eine beträchtliche Anzahl die Karenzzeit nicht bestanden u. dergl. Aushalten bezw. Warten bis zum gegebenen Zeitpunkt war natürlich zu viel verlangt. Dieser aller gewerkschaftlichen Taktik und Erfahrung widersprechenden Maßnahme konnte natürlich seitens des Verbandes nicht zugestimmt werden und — der „Friede“ kehrte wieder. Die „Früchte dieses Friedens“ sind nun allerdings nicht die besten. Warten auf Ketten ist jetzt an der Tagesordnung, trotzdem immer neue Weber angenommen werden. Wurde früher das Warten noch vergütet, so geht jetzt der Weber beim Warten leer aus. Für schlichte Ware auf Wechselstühlen gab's früher 20 Pfg. mehr; auch das gehört heute der Vergangenheit an und wird umso mehr von den Arbeitern bald empfunden werden, als das Verweben schlichter Ware auf Wechselstühlen jetzt mehr in Aussicht steht. Im großen und ganzen sind die Verhältnisse dringend der Besserung bedürftig, welche bei genügender Einigkeit und Schulung der Arbeiter schon hätte erfolgen können. Die Firma ist infolge der geschichteten Verhältnisse auch eine derjenigen, wo sehr häufiger Arbeiterwechsel zu finden ist. Steigen die Ausgaben der Betriebskassette, so findet die Firma die Ursache nur in den Leistungen, welche „besser“ geringere wären. Das Uebel liegt aber anderswo. Man sorge für gute Lohn- und Arbeitsverhältnisse, welche einen bleibenden, zu den Betrieb interessierten Arbeiterstand bedingen — und das genannte Uebel ist ausgerottet. Aber gerade an der Stelle ist die Firma am allerempfindlichsten. Darum sind auch „solche“, die sie gar im Verdacht hat, mit der Arbeiterbewegung und deren Interessen zu sympathisieren, bei ihr nicht gut gefittet. Wurde doch sogar kürzlich dem Untermeister L., auf den man einen diesbezüglichen Verdacht hatte, verständlich gemacht, daß er bald besser den Betrieb — „von außen besäße“.

Arbeiter und Arbeiterinnen! An den jetzigen Verhältnissen seid ihr selbst nicht ganz unschuldig. Werdet einiger und geschlossener und geht — beharrlich und konsequent — den Weg, der zu besseren Verhältnissen führt.

Cottbus. Der Vorstand unserer Ortsgruppe hatte auf den 1. Oktober eine öffentliche Versammlung einberufen. Diese war der Fachbildung gewidmet. Der Direktor der Kgl. Webeschule, Herr Professor Winzenz, hatte es in liebenswürdiger Weise übernommen, einen Lichtbildervortrag über die Produktion von Seinerzeugnissen zu halten. In über 100 Bildern wurde in sehr anschaulicher Weise und unter belehrenden Erklärungen des Herrn Professor gezeigt, welchen vielgestaltigen Produktionsprozeß (vom blühenden Flachsfeld bis zur Fertigware) die Seinerzeugnisse durchlaufen müssen. Die Ernte und die Entholzung des Flachses, sowie das Spinnen und Weben, wurde sehr eingehend erklärt. Zum Schluß wurden Bilder aus der Konfektion und Stickerie vorgeführt. Alles war sehr interessant und lehrreich. Die zahlreich besuchte Versammlung spendete Professor Winzenz lebhaften Beifall.

N.B. Es wäre dringend zu wünschen, wenn auch die anderen Veranstaltungen, Versammlungen usw. unseres Verbandes einen ebenso guten Besuch aufzuweisen hätten. Daß wir noch Massen zusammen bekommen können, hat der Besuch am 1. Oktober bewiesen. Bei allem Guten und Schönen darf aber auch das Kapitel „Agitation“ nicht zu kurz kommen. Man kann das eine tun und braucht das andere nicht zu lassen.

Zell. Eine schöne Rundgebung ist das 10. Stiftungsfest unserer Ortsgruppe in Zell i. B. gewesen, welches am 24. September in der „Pfefferhütte“ stattfand. Aus dem Rhein, Mehra- und Wiesentale waren die Ortsgruppen des Bezirks in stattlicher Anzahl durch die Mitglieder vertreten. Es mögen über 500 Teilnehmer gewesen sein. Die Beteiligung wäre jedenfalls noch stärker geworden, wenn die liebe Sonne sich nicht hinter den Wolken verziehen und es ab und zu einen kleinen Regenschauer gegeben hätte. Die Festgäste, welche von außerhalb kamen, wurden am Bahnhof mit Musik abgeholt. Einen netten Eindruck machten die 14 Festjungfrauen mit ihren weißen Kleidern und dem Blumen-schmuck. Die Festkommission hat sich um das Zustandekommen der Feier ein bleibendes Verdienst erworben. Umrahmt von Musikstücken der tüchtigen Stadtkapelle und sorgfältig einstudierten und sehr heißig aufgenommenen Theateraufführungen waren der Festprolog, der starke Beifall fand, und die Begrüßungsansprache unseres Vorsitzenden Vollmer, der in markigen und zu Herzen gehenden Worten die Anwesenden willkommen hieß und zur zielbewußten Weiterarbeit in der Agitation aufforderte. Die Festansprache hielt der Kollege Krug aus Stuttgart vor dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften. Er führte aus, daß die Ortsgruppe Zell nach zehnjähriger Reife nunmehr hiezu an einem Wegweiser angekommen wäre, an dem sie trotz manchen Ungemaches dankbar rückwärts, aber auch mutig vorwärts schauen könne. Am Anfang der Reife vor zehn Jahren habe es sich auf der Verbandsreise recht billig gelebt. Man brauchte nur 15 Pfg. die Woche, ja die Heimkehrer sogar bloß 10 Pfg. Wie ganz anders sei das doch heute geworden, wo die Reise in der lieben Verbandsstutche aus sehr wichtigen und gut begründeten Motiven in der Woche einen drei bis viermal so hohen Reisebeitrag notwendig mache. Wie in allen Gewerben, wo gewerkschaftliche Organisationen die Arbeiterschaft zu sammeln beginnen, habe es auch im hiesigen Bezirk in den hinter uns liegenden Jahren gegolten, den Vernichtungskrieg siegreich zu bestehen, den manche Textil-

Not oder kein Brot! Einen Familienvater, so wird uns aus Forst i. Lausitz geschrieben, aus Brot und Arbeit gebracht zu haben, weil er christlich organisiert war und nicht zum sozialdemokratischen Mauererverband überzutreten wollte, mußte der Mauererpolier Otto S. aus Mehlen mit 50 M. Geldstrafe büßen. Das „Forster Tageblatt“ berichtet über die Schöffengerichtsverhandlung in Forst vom 3. Oktober folgendes:

„S. waren als Leiter eines Baues einige Arbeiter unterstellt, von denen einer, der Arbeiter St., dem christlichen Verbande angehörte. Dieser Arbeiter wurde von seinen Kameraden fortgesetzt aufgefordert, dem sozialdemokratischen Verband der Mauerer Deutschlands beizutreten. St. weigerte sich, der Aufforderung nachzukommen, da er schon organisiert sei. Der Polier, der ebenfalls versucht hatte, St. dem sozialdemokratischen Verbande zuzuführen, geriet darüber in Aufregung; er bedrohte St. mit Schlägen und beschimpfte ihn obendrein. Schließlich entschloß er ihn aus seiner Arbeitsstelle aus genannten Gründen. S. legt sich vor Gericht aufs Leugnen; er wird aber durch die bestimmten Zeugenaussagen der Straftat überführt. Das Gericht erkennt wegen Nötigung im Sinne des § 240 des R.-Str.-G. unter gleichzeitiger Berücksichtigung der bisherigen Unbescholtenheit des Angeklagten auf 50 Mark Geldstrafe. Der Amtsanwalt hatte zwei Wochen Gefängnis beantragt.“

Bemerkenswert ist, daß die sozialdemokratische „Märkische Volksstimme“ in ihrem Bericht über die Gerichtsverhandlung allerhand „Schönfärbereien“ zugunsten des angeklagten Genossen bringt. Der Eifer, mit welchem solches geschieht, ist doch sehr verdächtig. Die „M. V.“ schreibt über „Terrorismus“ in Gänjesüßchen. Der „Märkischen Volksstimme“ möchten wir empfehlen, das sozialdemokratische Zentralorgan „Vorwärts“ Nr. 192/1907 genau nachzusehen. Man wird dort finden, „daß der Terrorismus als erlaubtes und kulturförderndes Mittel“ bezeichnet wird. Die sozialdemokratische „Bäder-Zeitung“ schreibt im Januar 1905: „Der Terrorismus ist hochmoralisch, weil kulturfördernd, wenn auch der Drache des Strafgesetzbuches daneben lauert.“

Man braucht sich über die Hunderte von verübten Terroristenfällen nicht zu verwundern. — Früchte der sozialdemokratischen Erziehung. —

Aus unserer Industrie.

Rundschau auf dem Textilmarkt.

Der Arbeitsmarkt hat im August kein wesentlich anderes Aussehen bekommen als im Juli. Auf 100 offene Stellen für männliche Personen kamen im Juli 141 Arbeitsgesuche; der August hat eine kleine Verschlechterung erfahren, indem sich diese Zahl auf 142 stellte. Gegen den gleichen Monat des Vorjahres, wo auf 100 offene Stellen 154 Arbeitsgesuche kamen, weist der Arbeitsmarkt eine stark steigende Tendenz auf. Auch der Arbeitsmarkt für weibliche Personen hat gegen den Juli eine unbedeutende Verschlechterung erfahren, gegen den August des Vorjahres eine erheblichere. Es kamen auf 100 offene Stellen im August dieses Jahres 90 Arbeitsgesuche, im Juli 89, im August 1910 87.

Die Gesamtzahl der an das Reichsarbeitsblatt berichtenden Arbeitsnachweise betrug im August 735. Für männliche Arbeitsjuchende, deren Zahl 368 000 (363 000) war, standen 259 000 (258 000) offene Stellen zur Verfügung; die Zahl der Vermittlungen stellte sich auf 213 000 (212 000). Von weiblichen Arbeiterinnen lagen 75 000 (66 000) Gesuche vor, denen 83 000 (73 000) offene und 49 000 (43 000) besetzte Stellen gegenüberstanden. Im ersten Falle hat sich die Zahl der Arbeitsgesuche also um 5000 vermehrt, die der Vermittlungen aber nur um 1000, ebenso wie die der offenen Stellen. Im zweiten Falle haben wir eine Vermehrung der Arbeitsgesuche von 9000, die der offenen Stellen betrug 10 000, die der besetzten dagegen nur 6000.

Der Textilindustrie

brachte der August eine Verschlechterung des Arbeitsmarktes, besonders für männliche Arbeiter. Auf 100 offene Stellen kamen 136 Arbeitsgesuche, gegen 126 im Juli. Gegen den August des Vorjahres allerdings haben wir immer noch eine beträchtliche Besserung. Hier kamen auf 100 offene Stellen 143 Arbeitsgesuche. Nicht in demselben Maße wie vom Juli auf den August hat die Verschlechterung auf dem Markt für weibliche Arbeitskräfte zugenommen. Auf 100 offene Stellen kamen im August 85 Arbeitsgesuche, gegen 84 im Vormonat und 88 im August 1910. Wenn man bedenkt, daß noch im Mai d. J. nur 56 Gesuche auf 100 offene Stellen kamen, so kann man aber doch der fortwährenden Verschlechterung des Arbeitsmarktes nicht ohne Besorgnis entgegenblicken.

Im ganzen lagen für die Textilindustrie 2473 Arbeitsgesuche vor, denen 1797 offene und 1696 besetzte Stellen gegenüberstanden; im Vormonat waren die Zahlen 2570, 2029 und 1874. Danach haben sich die Arbeitsgesuche um 97 vermehrt, die offenen Stellen dagegen haben eine Abnahme von 232 erfahren, die der besetzten um 178. Diese letzten Zahlen spiegeln deutlich den ungünstigen Stand des Arbeitsmarktes in der Textilindustrie wieder.

Unsere Volkswirtschaft hatte in der Berichtsperiode schwere Stürme zu erdulden. Auf die Dauer verzwachte die Börse

den Kriegsgerüchten, die wegen der Verhandlungen über Marokko aufstauten, nicht zu widerstehen. Zweimal ist an dem Hauptbörsenplatz in Berlin eine Panik ausgebrochen, die mit ihren großen Kursrückgängen gewaltige Verluste brachte. Allerdings war nach ein anderer Umstand an dem plötzlichen Fall schuld. Unsere In-

dustrieaktien — auch die aus der Textilindustrie — hatten teilweise einen Hochstand erreicht, der eine Rechtfertigung in dem tatsächlichen Stand des Unternehmens nicht mehr finden konnte. Die Kurse wurden ohne Beachtung der tatsächlichen Verhältnisse — insbesondere ohne Beachtung der Ertragsresultate — in die Höhe getrieben. Daß darauf ein Rückschlag kommen mußte, ist selbstverständlich.

Die Unsicherheit der Sparer äußerte sich in plötzlichen Abhebungen an der Sparkasse — ein Vorgehen, das bei weiterer Verbreitung die schwersten wirtschaftlichen Schäden im Gefolge gehabt hätte. Sie hätten sich um so empfindlicher gezeigt, als wir eben mitten in der Versteifung des Geldmarktes stehen, die in der Erhöhung des Diskonts durch die Reichsbank auf 5% ihren sichereren Ausdruck findet. Ein Moment, das für die gesamte Industrie, insbesondere auch für die Textilindustrie, schwere wirtschaftliche Nachteile haben kann, ist die zunehmende Teuerung der Nahrungsmittel. Worin diese ihren Grund hat, soll an anderer Stelle erörtert werden. Hier soll nur erwähnt werden, daß durch sie eine Zurückhaltung der Verbraucher an weniger Notwendigen eintreten muß — es ist eine alte Erfahrung, daß in solchen Fällen immer zuerst die Bekleidungsindustrie zu leiden hat, denn die Beschränkung erfaßt zuerst den Konsum an Kleidern. Es ist natürlich bei der einzelnen Industrie nicht möglich, zahlenmäßig den Verlust durch derartige Tendenzen anzugeben, ihre allgemeine Lage aber sagt genug.

Unsere Zweifel, die wir schon öfters über die Wichtigkeit der

amerikanischen Baumwollenernteschätzungen

geäußert haben, hat seine Bestätigung erfahren. Gleich zu Beginn des Berichtsmontats setzte der Regierungsbericht über den Ausfall der Ernte die Interessenten in Aufregung. Danach sollte er eine Verschlechterung von nicht weniger als 15% aufweisen. Der Bericht war zweifellos zum mindesten unrichtig, wenn nicht gefälscht. Die Farmer fürchten ein Sinken der Baumwollpreise und deshalb bemühen sie sich, die Ernteschätzungen ungünstig zu beeinflussen. Dem gleichen Zwecke dient das Mandat, das in einem Rundschreiben von sieben Abgeordneten an die Farmer besteht, die Baumwolle nicht unter 13 bzw. 15 Cents zu verkaufen. Ebenfalls unter diese Rubrik ist die Nachricht zu setzen, wonach die Farmer-Union 60 Mill. Dollars zur Verfügung haben soll, um durch Aufkäufe u. d. die Baumwollpreise zu halten. Wenn der Regierungsbericht zuträfe, wäre eine Ernte von 13 1/2 bis 13,80 Mill. Ballen zu erwarten, während die bisherigen Schätzungen 14,30 bis 14,50 Mill. ergaben. (1910/11 hatte die Ernte 11,9, 1909/10 10,2, 1908/9 13,5 Mill. Ballen ergeben.) Merkwürdigerweise haben alle diese Nachrichten auf den Baumwollmarkt kaum einen Einfluß ausgeübt, weder in Amerika noch in andern Ländern. Die Preise erfuhren zwar in Liverpool Anfangs September eine kleine Erhöhung, die sich aber nicht halten konnte. Die gleiche Entwicklung können wir in Bremen beobachten. Die Preise sanken wieder trotz der starken Nachfrage, die eine Folge des starken Verbrauchs und der nur noch geringen Vorräte ist. Von der Weltproduktion von 16 870 Mill. Ballen im Jahre 1910/11 waren am 1. September 16 392 Mill. Ballen verbraucht, jedoch ein Rest von nur 478 000 Ballen bleibt. Aus der niederheinschen Spinnerei- und Webereiindustrie wird gemeldet, daß in Baumwollgarnen ein außerordentlich lebhaftes Geschäft herrscht, die gedrückten Preise veranlassen die Verkäufer zu unangenehmen Deckungen; sie wurden erst infolge der weiter fallenden Baumwollpreise eingedämmt.

Baumwollenmarkt.

Der Baumwolltüchermarkt ist ruhig, die Preise sind aber fest geblieben; das Geschäft in Baumwollwaren ist überhaupt gegenwärtig sehr ruhig. Aus der elbäussischen Textilindustrie wird berichtet, daß die Baumwollspinnereien genügend Beschäftigung hätten, eine neulich vorgenommene Reduktion der Preise hat sehr belebend gewirkt, diese selbst sind gedrückt und stehen nicht im Einklang mit den Baumwollpreisen. Sehr traurig ist der Geschäftsgang in vielen Webereien, wo täglich Einschränkungen vorgenommen werden — da die Nachfrage ganz unbedeutend ist. Die Baumwollindustrie in ihrer Gesamtheit bietet immer noch das gleiche Bild. Besonders schwer ist sie in Amerika, Frankreich, Belgien und im Mailänder Bezirk getroffen; auch in Deutschland ist mit verhängnisvollen Ausnahmen die Lage ungünstig, wenn sich auch in der letzten Zeit eine kleine Aufwärtsbewegung bemerkbar gemacht hat. In der Schweiz, in Dänemark, Desterreich und Spanien lassen die Anzeichen ebenfalls auf eine Besserung schließen. Gut ist der Geschäftsgang in Holland und ziemlich gut in England.

Anfangs September hatte es den Anschein, als ob auf dem

deutschen Wollmarkt

die so lang ersehnte Belebung eintreten wollte. Der Schein war trügerisch. Zwar war gegen Schluß der Berichtszeit die Nachfrage etwas stärker, doch kam sie über die notwendigen Deckungsstände nicht hinaus, das Ausland verhielt sich ganz passiv. In Kamzug, Kammzügen und Abfällen ist der Markt ruhig. Auch die Beschäftigung der Wollspinnereien ist nicht übermäßig, dabei sind die Preise für Garne gedrückt. Die anfangs einsetzende lebhaftere Nachfrage hat sich nicht zu halten vermocht. Die Webereien liegen so ruhig, daß Betriebs Einschränkungen vorgenommen wurden; auch im Wirkwarengeschäft ist eine Änderung nicht eingetreten, die Lage ist ruhig. Aus dem Elsass wird eine gute Beschäftigung der Wollspinnereien und Webereien gemeldet bei durchaus günstigen Preisen. Die Möbelstoff-, Teppich- und Deckenindustrie zeigt keine Belebung.

kaum besser lauten die Nachrichten von der französischen Wollindustrie. Der Wollmarkt ist ruhig trotz einer kleinen Belebung. Kammzüge, Kammzügen und Wollabfälle sind schlecht gefragt. Das Geschäft in England weist keinen großen Unterschied von den eben besprochenen Ländern auf, nur Cheviot ist etwas lebhafter.

Eine wesentliche Veränderung gegen den im letzten Bericht dargelegten Stand hat

der Futemarkt

erfahren. Wie wir schon früher gesagt haben, waren die Erwartungen auf die diesjährige Zuteernte sehr hoch gespannt. Nunmehr besagt die letzte Ernteschätzung von Falkuta, daß nur auf 8 1/4 Mill. Ballen oder 3% mehr als im Vorjahr zu rechnen wären und das obgleich die Anbaufläche einen um 6% größeren Umfang hat. Infolge dieser Nachrichten wurde das Geschäft sehr lebhaft, was natürlich ein kräftiges Anziehen der Preise bewirkte. Der deutsche Futerverband hat denn auch schon diese offiziell in die Höhe gesetzt. Damit dürfte die Entwicklung, die vor ca. drei Monaten eingeseht hat und die Futepreise mehrfach herabdrückte, beendet sein. Auch in Frankreich zeigt sich eine entsprechende Aufwärtsbewegung. Hier wie in Deutschland konnten die Futerspinnereien und Webereien vermehrte Aufträge bei steigenden Preisen hereinnehmen.

Eine ähnliche Erscheinung bietet uns

der Flachsmarkt.

Auch hier setzte man große Hoffnungen auf die diesjährige Ernte, besonders auf die in Rußland. Auch diese Hoffnungen sind stark abgekühlt worden. Von der Ernte im Inland steht das eine fest, daß sie nicht besser ausgefallen ist als im letzten Jahre; von Rußland weiß man nur, daß die Saaten ganz verschieden stehen, so daß auf keinen Fall mit einer gleichmäßig guten Ernte zu rechnen ist. Unter diesen Verhältnissen ist es kein Wunder, daß die Flachsgarne lebhafter gefragt wurden und die Preise fester geworden sind; die Verbraucher sehen ein, daß eine längere Zurückhaltung doch keinen Zweck mehr hat, da die Flachs- und Garnpreise kaum erheblich sinken dürften. Der Leinenmarkt weist ein günstigeres Gepräge auf. Der Markt in Frankreich und in England zeigt fast durchweg dieselbe Gestaltung wie in Deutschland. Aus Belgien kam Anfangs September die Nachricht, daß die Flachsspinnereien von Gent beschlossen hätten, ihre Fabriken auf die Dauer von drei Monaten an den Samstagen zu schließen. Ob diese Maßregel auch unter den veränderten Verhältnissen aufrecht erhalten wird, dürfte zweifelhaft sein.

Die Seidenindustrie

hat in Deutschland einen Aufschwung genommen, in Crefeld wurden vermehrte Aufträge eingenommen; in Mailand zeigte sich immer noch keine Unternehmungsluft; die politischen Verhältnisse machen sich übrigens unangenehm bemerkbar, indem einzelne Fabrikanten Angstverkäufe zu sehr gedrückten Preisen am das Ausland machten. In Lyon macht sich allenthalben ein lebhafteres Geschäft bemerkbar. In Samt, Tüchern und Wändern ist regere Nachfrage; Tüll liegt nach wie vor darnieder, gerade so wie bei uns. Auch in seidenen Spitzen kann man unsere Verhältnisse im Parallelen setzen, denn hier wie dort ist die Lage zufriedenstellend. Bei uns lauten die Berichte aus dem Vogtland besonders günstig nicht nur für Spitzen, sondern auch für Stickereien; die Mode verlangt sehr stark nach diesen.

Aus dem Verbandsgebiete.

An die Ortsgruppenvorstände zur gefl. Beachtung.

In der nächsten Zeit wird die Zeitungs-Verbandsliste einer Revision unterzogen, um festzustellen, ob die Zahl der bezogenen Exemplare mit der vorhandenen Mitgliederzahl übereinstimmt.

Die Revision wird sich auch auf die von uns gelieferten Arbeiterinnen- und die ausländischen Organe erstrecken.

Etwa zu viel bezogene Organe werden aus der Verbandsliste gestrichen.

Wir richten deshalb an die Ortsgruppenvorstände die freundliche Bitte, auch ihrerseits unverzüglich nachzusehen, ob nicht mehr Zeitungen bezogen werden, als den Mitgliedsverhältnissen entsprechend notwendig sind. Die zuviel bezogenen Exemplare sind gleich bei der Zentralstelle abzugeben.

Mit kollegialem Gruß!

Die Geschäftsstelle:
Düsseldorf, Kavalleriestr. 22.

Lohnbewegungen und Arbeitsfreigleiten.

Forst i. Lausitz.

Der Zehnstundentag in der Niederlausitzer Textilindustrie. Die Umstände erfordern es, daß sich unsere Ortsgruppe wiederum mit dieser Frage beschäftigen muß. Es geschah in einer sehr stark besuchten Mitgliederversammlung am 4. Oktober. Ueber die Angelegenheit referierte unser Bezirksleiter, Kollege Sparenberg.

Die Einführung des Zehnstundentages war jahrelang Gegenstand lebhafter Erörterungen. Endlich haben die gesetzgebenden Körperschaften, wenigstens für Arbeiterinnen, am 1. Januar 1910 den Zehnstundentag gesetzlich eingeführt. Die berechnigte Forderung, zu gleicher Zeit auch für die männlichen Arbeiter den Zehnstundentag ein-

zuführen, wurde nicht erfüllt. Durch die ungleiche Arbeitszeit ergaben sich vielfach Unzutraglichkeiten. Diefers wurde darüber geklagt, daß der Zehntundentag eigentlich nur auf dem Papiere stände. Ein altes, jahrelang erlaubtes Recht, das Waschen und Umkleiden während der Arbeitszeit vorzunehmen, wurde kurzerhand durch Anschlag in den Fabriken illusorisch gemacht.

Am 13. März d. J. wurde endlich in sämtlichen Textilbetrieben durch Anschlag bekannt gemacht, daß ab 1. Oktober auch für die männlichen Arbeiter der Zehntundentag eingeführt werden solle. Die Ortsgruppe Forst unseres Verbandes hielt am 28. März eine sehr gut besuchte Versammlung ab und sandte dem Arbeitgeberverband eine Eingabe mit folgenden Vorschlägen:

1. Die Arbeitszeit möge Sommer und Winter morgens 7½ Uhr beginnen und abends 6 Uhr schließen. Eine 1½ stündige Mittagspause soll in die Zeit von 12 bis 1½ Uhr fallen.
2. Um durch die Reduzierung der Arbeitszeit eine Schmälerung des Einkommens aller im Stundenlohn beschäftigten Arbeiter nicht eintreten zu lassen, möge eine Aufbesserung von 2 Pfg. pro Stunde bei allen diesen Arbeitnehmern vorgenommen werden.
3. Die von verschiedenen Arbeitgebern geübte Praxis, den Stundenlohnern für Frühstück- und Besperpausen den Lohn in Abzug zu bringen, möge aufgegeben und der Lohn durchgehend gezahlt werden.
4. Damit auch die im Afford beschäftigten Weber, trotz Verkürzung der Arbeitszeit, ihre alte Lohnhöhe erreichen können, möge die vielfach vorhandenen mißlichen Zustände in den Betrieben beseitigt werden. Verarbeitung schlechten Materials und Warten auf Material, desgleichen Weben mit schlechtem Geschirre sind so zu vergüten, daß dem Weber ein Wochenlohn von 24 Mark garantiert ist.
5. Muß der Weber ihm nicht zufallende Nebenarbeiten verrichten, wie Musterkarte anfertigen, Kette bäumen, Kettbäume tragen u. dergl., so ist er dafür in gleicher Höhe zu entschädigen. Löcherzuzumachen wird gegenwärtig vielmals garnicht oder ungenügend bezahlt; ein Stundenlohn von 40 Pfg. möge hier allgemein Anwendung finden.
6. In verschiedenen Betrieben besteht der Brauch, daß männliche Weber für die weiblichen die Kettbäume transportieren müssen, desgl. angefertigte schwere Warenstücke, wofür die Weberinnen eine Entschädigung zahlen müssen. Wo eine Aenderung dieser Einteilung nicht möglich ist, sollen zur Entschädigungszahlung nicht die Weberinnen, sondern der Betriebsinhaber verpflichtet sein.
7. Den im Afford beschäftigten Spinnern und Fadenanlegern möge alles Bauen an den Maschinen und Warten auf Material durch Stundenlöhne, die ihrem sonstigen Verdienst entsprechen, bezahlt werden. Vielmals wird für kurze Spinnpartien nur eine ungenügende oder gar keine Vergütung gezahlt. Dies möge hingegen in solcher Höhe geschehen, daß die beteiligten Affordarbeiter eine Lohnschmälerung nicht erfahren. Bedient ein Spinner zwei Maschinen, so soll er mindestens vier Fadenanleger haben.
8. Stettenscherer, Zwirnerinnen und Spulerinnen haben gegenwärtig ebenfalls vielfach unter schlechtem Material und Warten auf Material zu leiden. Diese beiden Faktoren beeinflussen überhaupt die Verdienstmöglichkeit aller Affordarbeiter außerordentlich ungünstig. Die versammelte Arbeiterschaft ist überzeugt, daß diese beiden Erscheinungen sehr oft nur ein Ausfluß mangelhafter Anordnung und unvorteilhafter Disposition innerhalb des Fabrikbetriebes sind. Die Abstellung dieser Mängel möge daher, als im Interesse von Arbeitnehmern und Arbeitgebern liegend, bestimmt und wirksam durchgeführt werden.
9. Wo noch nicht vorhanden, wolle man zum Schutze der Gesundheit der Arbeiterschaft gute hygienische und sanitäre Einrichtungen schaffen. (Ventilationen, Wasch- und Umkleideräume und dergl.)
10. Einer strengeren Ueberwachung des Kantinenwesens und der Errichtung von Schankplätzen für alkoholfreie Getränke in den Fabriken wollen die Fabrikherren im Interesse des Gesamtwohles eine gesteigerte Aufmerksamkeit zuwenden.
11. Die Erfüllung der vorgenannten Wünsche und Anträge wird die Produktion ganz wesentlich erhöhen. Man wolle daher die Einführung der achtfünftigen Arbeitszeit an den Vortagen von Sonn- und Feiertagen für alle Arbeiter unter Anwendung des sogenannten freien Nachmittags ernstlich ins Auge fassen.

Diese Eingabe und ein Schreiben der Bezirkskonferenz zu Sorau vom 8. Mai, in welchem auf die Eingabe vom 28. März hingewiesen wurde, hat der Arbeitgeberverband einfach unbeantwortet gelassen.

In den letzten Tagen des September wurde durch einen erneuten Anschlag in den Forster Textilbetrieben bekannt gemacht, daß ab 1. Oktober der Zehntundentag auch für Männer in Kraft trete. Gleichzeitig wurde die Arbeitszeit festgesetzt und das Waschen und Umkleiden während der Arbeitszeit verboten. Der Arbeiterschaft wurde drei volle Tage — darunter war auch noch ein Sonntag — Zeit gegeben, sich zu der Aenderung der Arbeitsordnung zu äußern. Weiter nichts! Die Arbeitgeber hätten doch jedenfalls der Arbeiterschaft etwas mehr mitteilen können. Vielleicht folgendes Schreiben, welches uns ein günstiger Wind auf den Tisch geweht hat: Arbeitgeberverband der Textilindustrie zu Forst i. L. (G. B.) Forst (Kauß), den 10. März 1911.

An unsere Mitglieder!

Nachdem der Arbeitgeberverband der sauiser Tuchindustrie die Einführung der zehntündigen Arbeitszeit auch für Männer ab 1. Oktober d. J. beschlossen hat, und in der ordentlichen Mitgliederversammlung unseres Forster Arbeitgeberverbandes vom 2. März über diesen Beschluß ausführliche Mitteilungen gemacht worden sind, geben wir unsern Mitgliedern bekannt, daß dieser am Montag, den 13. März, in sämtlichen Verbandbetrieben durch beifolgende Auszüge zur Kenntnis der Arbeiter gebracht werden muß. Wir gestatten uns, noch zu bemerken, daß der Beschluß nur die Tatsache der Einführung der zehntündigen Arbeitszeit bedeutet. Ueber die Lage der Arbeitsstunden, Länge der Mittagspause u. dergl. wird späterhin Beschluß gefaßt werden.

Selbstverständlich sollen, wie dies auch früher bei Reduktionen der Stundenlohn der Fall war, durch diese Maßnahme die im Stundenlohn beschäftigten Arbeiter keinen Lohnausfall erleiden, und es sind deshalb unter Zugrunde-

legung der abgeänderten Arbeitszeit ab 1. Oktober die Löhne so umzurechnen, daß die gleichen Verdienste wie bisher erzielt werden. Es dürfen jedoch nur die geleisteten Arbeitsstunden berechnet und bezahlt werden, da es nur so möglich ist, Mißbilligkeiten, die sich herausgestellt haben, zu vermeiden. Pausen sind nicht mitzurechnen.

Bei Verstößen gegen diese bindende Vorschrift wären wir zu unserm lebhaftesten Bedauern gezwungen, von dem in der Satzung vorgesehenen Bestrafungsrecht Gebrauch zu machen. Ganz besonders ist darauf zu achten, daß den mit der Lohnberechnung betrauten Betriebsbeamten durch die Chefs die pünktliche Beachtung dieser Vorschrift aufs eindringlichste zur Pflicht gemacht wird.

Hochachtungsvoll

Arbeitgeberverband der Textilindustrie zu Forst i. L. (G. B.)
Der Vorsitzende. Der Geschäftsführer.
(gez.) Franz Avelis. (gez.) Dr. Baer.

Bis zur Stunde, wo dieses geschrieben wird, haben wir noch nicht erfahren können, ob obiger Beschluß des Arbeitgeberverbandes auch durchgeführt wird.

Wir sind der Meinung, daß nicht allein die Stundenarbeiter, sondern auch die Affordarbeiter Berechtigung hätten auf Erfüllung ihrer bescheidenen Wünsche. Also großen Hoffnungen dürfen wir uns nicht hingeben, daß freiwillig mehr gezahlt und auch sonst nach dem Rechte gesehen wird. Einige Arbeitgeber sollen ja etwas zugelegt haben. Aber in einem Betriebe will man das Zweistufensystem einführen und in einem anderen hat man sogar noch Abzüge gemacht. Bei der gegenwärtigen Teuerung kann die Arbeiterschaft aber unmöglich noch einen Lohnausfall erleiden. Es müssen daher Mittel und Wege gefunden werden, um der Arbeiterschaft einen auskömmlichen Lohn zu verschaffen.

Auch dem Kapitel „Arbeiterversicherung und Mitbestimmungsrecht beim Lohn- und Arbeitsvertrage“ muß noch bedeutend mehr Interesse entgegengebracht werden. Als bestes Mittel, sich Anerkennung und Erfüllung berechtigter Wünsche zu verschaffen, sei die Zugehörigkeit zum Zentralverband christlich-nationaler Textilarbeiter zu betrachten.

Selbstverständlich könne uns niemand verübeln, wenn wir in der vorliegenden Angelegenheit mit den anderen Organisationen gemeinsam vorgehen würden. Vorbedingung eines gemeinsamen Handelns jedoch ist, daß man uns von anderer Seite als gleichberechtigt anerkennt und die zu unternehmenden Schritte nicht im Widerspruch mit unseren Prinzipien stehen. So der Gedankengang des mit Beifall aufgenommenen Vortrages. Die Diskussion ergab vollständige Einmütigkeit. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die heutige, im Restaurant „Zum Prälaten“ tagende, sehr zahlreich besuchte Mitgliederversammlung des christlich-nationalen Textilarbeiterverbandes hält an die dem Arbeitgeberverband am 28. März d. J. unterbreiteten Wünsche und Vorschläge fest. Die Versammlung beauftragt die Verbandsberechtigten, geeignete Schritte zu tun, damit die Niederlausitzer Textilarbeiterschaft einen, den heutigen Teuerungszuständen angemessenen Lohn erhält. Der Zehntundentag ist zu einem wirklichen zu gestalten. Das heißt: das alte Recht, das Waschen und Umkleiden während der Arbeitszeit zu verrichten, darf nicht geschmälert werden. Auch ist der Arbeiterschaft eine angemessene Zeit zum Einnehmen des Frühstücks und Bessers zu gewähren.“

Alle Mitglieder versprachen, an dem Ausbau des christlich-nationalen Textilarbeiterverbandes nach Kräften mitzuwirken.“

Aus unseren Bezirken.

Die Konferenz des Bezirks Hannover

fand am 17. Sept. in Hannover-Binden statt. Es war die erste Konferenz des 7. Bezirks. Vertreten waren alle Ortsgruppen mit Ausnahme von Eisenach und Gernode. Im Auftrage des Zentralvorstandes nahm Kollege Heutmann an der Tagung teil, auch waren einige Kolleginnen und Kollegen aus unserer, sowie aus der Ortsgruppe Döhren anwesend. Präzise 11 Uhr eröffnete Kollege Lensing mit einem herzlichem Willkommen die Verhandlungen; auch der Vorsitzende der Ortskartells, Kollege Krebs, sowie der Vorsitzende unserer Ortsgruppe begrüßten die Erschienenen in herzlichster Weise. Nach Wahl des Bureaus, welches sich aus den Kollegen May-Dingelstädt, Thume-Delmenhorst und Huke-Neumünster als Beisitzer, sowie Osburg-Hannover-Binden als Schriftführer zusammensetzte, trat man in die Verhandlungen ein. Die Tagesordnung umfaßte

1. Bericht des Bezirksleiters über den Stand des Bezirks;
2. Die Lage des Verbandes und unsere nächsten Aufgaben;
3. Die kommende Herbst- und Winteragitation;
4. Neuwahl des Bezirksleiters.

Seit dem 1. Okt. v. J. ist eine mäßige Mitgliederzunahme zu verzeichnen; die größte hatte Neumünster mit 80, auch Dingelstädt hatte einen ansehnlichen Zuwachs. An Einnahmen sind in ¾ Jahren 15370 M., an Ausgaben für Krankenunterstützung 3219, an Arbeitslosenunterstützung 395 M. zu vermerken. Ablieferung an die Zentrale 9623 M. Lohnbewegungen wurden geführt in Hannover, Neumünster, Schiffbeck (Siebenwöchiger Streik), Delmenhorst und Bremen.

Zum zweiten Punkt nahm Kollege Heutmann das Wort über die Lage des Verbandes sowie über die unser harrenden Aufgaben. Ueber Herbst- und Winteragitation sprach Kollege Osburg-Hannover. In der Diskussion wurde noch viel des Interessanten gebracht, so z. B. die liebenswürdige Art, mit welcher einige Herren Pfarrer des Eichsfeldes uns Hindernisse bereiten, weil sie ihr Ideal in den Fachabteilungen „Eich Berlin“ sehen. Doch drängen wir auch hier immer weiter vor. Im Norden ist an einigen Stellen das innige Hand-in-Hand-Arbeiten von Sozies und Meistern zu registrieren. Als Bezirksvorsitzender wurde Kollege Lensing einstimmig gewählt. Auch der Antrag Thume-Delmen-

horst, den nächsten Bezirkskongress wieder in Hannover abzuhalten, fand einstimmige Annahme. Nachdem Kollege Lensing noch allen Teilnehmern herzlich gedankt und zu treuer Mitarbeit aufgefordert, wurde die schön verlaufene Konferenz geschlossen.

N.B. Nachstehende Resolution fand einstimmig Annahme:

Die erste Konferenz des 7. Bezirkes hat eine Erhöhung der Einkünfte der Zentralkasse für dringend notwendig. Um dieses Ziel leichter erreichen zu können, empfiehlt sie den Ortsgruppen, demnächst wöchentliche Lokalbeiträge einzuführen.

Außerdem erwartet die Konferenz von der nächsten Verbands-Generalversammlung den Beschluß, Arbeitslosenunterstützung nur an wirklich Arbeitslose zu zahlen.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Wocholt. „Nette Zustände“ scheinen hier selbst bei der Firma Gebr. Braunschweig zu herrschen. In diesem Sommer wollten die Arbeiter dort in eine Lohnbewegung zur Aufbesserung der keineswegs rosigten Verhältnisse eintreten. Letzteres hätte auch geschehen können, wenn nicht eine größere Anzahl der Belegschaft auf dem Standpunkt gestanden hätte, der Verband und „die anderen“ müßten ihnen die Kastanien aus dem Feuer holen, dieweil sie selbst keine Opfer zu bringen hätten. Es sollte „gleich losgehen“, ohne Rücksicht darauf, daß eine beträchtliche Anzahl die Karenzzeit nicht bestanden u. dergl. Aushalten bezw. Warten bis zum gegebenen Zeitpunkt, war natürlich zu viel verlangt. Dieser aller gewerkschaftlichen Taktik und Erfahrung widersprechenden Maßnahme konnte natürlich seitens des Verbandes nicht zugestimmt werden und — der „Friede“ lehrte wieder. Die „Früchte dieses Friedens“ sind nun allerdings nicht die besten. Warten auf Ketten ist jetzt an der Tagesordnung, trotzdem immer neue Weber angenommen werden. Wurde früher das Warten noch vergütet, so geht jetzt der Weber beim Warten leer aus. Für schlechte Ware auf Wechselstühlen gab's früher 20 Pfg. mehr; auch das gehört heute der Vergangenheit an und wird umso mehr von den Arbeitern bald empfangen werden, als das Verweben schlechter Ware auf Wechselstühlen jetzt mehr in Aussicht steht. Im großen und ganzen sind die Verhältnisse dringend der Besserung bedürftig, welche bei genügender Einigkeit und Schulung der Arbeiter schon hätte erfolgen können. Die Firma ist infolge der geschädigten Verhältnisse auch eine derjenigen, wo sehr häufiger Arbeiterwechsel zu finden ist. Steigen die Ausgaben der Betriebskassentasse, so findet die Firma die Ursache nur in den Leistungen, welche „besser“ geringere wären. Das Uebel liegt aber anderswo. Man sorge für gute Lohn- und Arbeitsverhältnisse, welche einen bleibenden, an den Betrieb interessierten Arbeiterstand bedingen — und das genante Uebel ist ausgerottet. Aber gerade an der Stelle ist die Firma am allerempfindlichsten. Darum sind auch „solche“, die sie gar im Verdacht hat, mit der Arbeiterbewegung und deren Interessen zu sympathisieren, bei ihr nicht gut gelitten. Wurde doch sogar kürzlich dem Untermeister L., auf den man einen diesbezüglichen Verdacht hatte, verhaftet gemacht, daß er halb besser den Betrieb — „von außen besähe“.

Arbeiter und Arbeiterinnen! An den jetzigen Verhältnissen seid ihr selbst nicht ganz unschuldig. Werdet einig und geschlossener und geht — beharrlich und konsequent — den Weg, der zu besseren Verhältnissen führt.

Cottbus. Der Vorstand unserer Ortsgruppe hatte auf den 1. Oktober eine öffentliche Versammlung einberufen. Diese war der Fachbildung gewidmet. Der Direktor der Kgl. Weichschule, Herr Professor Binzenz, hatte es in liebenswürdiger Weise übernommen, einen Lichtbildvortrag über die Produktion von Leinenerzeugnissen zu halten. In über 100 Bildern wurde in sehr anschaulicher Weise und unter belehrenden Erklärungen des Herrn Professor gezeigt, welchen vielgestaltigen Produktionsprozeß (vom blühenden Flachsfeld bis zur Fertigware) die Leinenerzeugnisse durchlaufen müssen. Die Gnte und die Entholzung des Flachses, sowie das Spinnen und Weben, wurde sehr eingehend erklärt. Zum Schluß wurden Bilder aus der Konfektion und Stickerei vorgeführt. Alles war sehr interessant und lehrreich. Die zahlreich besuchte Versammlung spendete Professor Binzenz lebhaften Beifall.

N.B. Es wäre dringend zu wünschen, wenn auch die anderen Veranstaltungen, Versammlungen usw. unseres Verbandes einen ebenso guten Besuch aufzuweisen hätten. Daß wir noch Massen zusammen bekommen können, hat der Besuch am 1. Oktober bewiesen. Bei allem Guten und Schönen darf aber auch das Kapitel „Agitation“ nicht zu kurz kommen. Man kann das eine tun und braucht das andere nicht zu lassen.

Zell. Eine schöne Rundgebung ist das 10. Stiftungsfest unserer Ortsgruppe in Zell i. W. gewesen, welches am 24. September in der „Pfefferhütte“ stattfand. Aus dem Rhein-, Wehra- und Wesertal waren die Ortsgruppen des Bezirks in stattlicher Anzahl durch die Mitglieder vertreten. Es mögen über 500 Teilnehmer gewesen sein. Die Beteiligung wäre jedenfalls noch stärker geworden, wenn die liebe Sonne sich nicht hinter den Wolken verziehen und es ab und zu einen kleinen Regenschauer gegeben hätte. Die Festgäste, welche von außerhalb kamen, wurden am Bahnhof mit Musik abgeholt. Einen netten Eindruck machten die 14 Festjungfrauen mit ihren weißen Kleidern und dem Blumen-schmuck. Die Festkommission hat sich um das Zustandekommen der Feier ein bleibendes Verdienst erworben. Umrahmt von Musikanten der tüchtigen Stadtkapelle und sorgfältig einstudierten und sehr beifällig aufgenommenen Theateraufführungen waren der Festvortrag, der starke Beifall fand, und die Begrüßungsansprache unseres Vorsitzenden Volkmer, der in martigen und zu Herzen gehenden Worten die Anwesenden willkommen hieß und zur zielbewußten Weiterarbeit in der Agitation aufforderte. Die Festansprache hielt der Kollege Krug aus Stuttgart vom Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften. Er führte aus, daß die Ortsgruppe Zell nach zehnjähriger Reise nunmehr heute an einem Wegweiser angekommen wäre, an dem sie trotz manchen Ungemachens dankbar rückwärts, aber auch mutig vorwärts schauen könne. Am Anfang der Reise vor zehn Jahren habe es sich auf der Werbandsreise recht blickig gelebt. Man brauchte nur 15 Pfg. die Woche, ja die Heimarbeiter sogar bloß 10 Pfg. Wie ganz anders sei das doch heute geworden, wo die Reise in der lieben Werbandskutsche aus sehr wichtigen und gut begründeten Motiven in der Woche einen drei bis viermal so hohen Reisebeitrag notwendig mache. Wie in allen Gewerben, wo gewerkschaftliche Organisationen die Arbeiterschaft zu sammeln beginnen, habe es auch im hiesigen Bezirk in den hinter uns liegenden Jahren geolten, den Vernichtungskrieg siegreich zu bestehen, den manche Textil-

Briefkasten.

Anfrage. Von einer Ortsgruppe wird um Angabe einer Firma gebeten, von der man Stangenstift beziehen könne. Mitteilungen an die Redaktion erbeten. Reichenau. Bericht eignet sich nicht zur Veröffentlichung. Mülhausen i. G. Bericht kam für diese Nummer zu spät.

Versammlungskalender.

- Altenberg. 22. Okt., 11 1/2 Uhr, bei Hubert Brandt. Ameri-St. Georg. 15. Okt., 5 1/2 Uhr, bei Wm. Bernh. Clafen, Generalversammlung. Borghorst. 15. Okt., 11 Uhr, bei Franz Dwerfleg. Bramsche. 15. Oktober, 2 1/2 Uhr, bei H. Werner, Engter. Dornbusch. 15. Okt., 6 Uhr, bei Wm. Fehnen. Düsseldorf. 15. Okt., 11 Uhr, bei Peter Büß, Martinstr. Elberfeld. 14. Oktober, 8 1/2 Uhr, bei Hertensath, Klobbahn. M.-Gladbach-Blumenberg. 14. Okt., 8 1/2 Uhr, bei Wilh. Hermes, am Grünwald. Gardt. 22. Okt., 9 1/2 Uhr, bei Gustav Meyen, Generalvers. Hof a. d. Saale. 14. Oktober, 1/2 9 Uhr, bei Steuperts, Ufenbergerstr. 2. Jüchen. 22. Okt., 1/2 11 Uhr, bei Adam Kremer, vierteljährliche Generalversammlung. Nheydt. 29. Okt., 6 Uhr, bei Albert Paffen, Odenkirchnerstraße 35, Quartalsversammlung. Sommerfeld. 15. Okt., 8 Uhr, bei Gertels, Wilhelmstr. Waals. 15. Okt., 11 1/2 Uhr, bei Arnold Gillissen, Quartalsversammlung. Wegberg. 15. Oktober, 11 Uhr, bei J. Brunen, Generalversammlung. Eine Stunde vorher Vertrauensmännerversammlung.

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder: Wilhelm Coenen in Giesenkirchen. Heinrich Schumacher in M.-Gladbach. Franz Kluthausen in Willich. Paul Fraipont in Eupen. Anton Gerhard in M.-Gladbach. Ehre ihrem Andenken!

Literarisches.

Ein Kalender für Arbeiterinnen gibt der Verband süddeutscher katholischer Arbeiterinnenvereine heraus. Es liegt der zweite Jahrgang vor uns, welcher so wie der erste dazu angetan ist, ein Lieblingsbüchlein der Arbeiterin durchs ganze Jahr hindurch zu sein. Schon das Äußere muß es einem anun, denn das Umschlagbild zeigt drei typische Arbeiterinnengestalten, wie sie sich — ein Herz und eine Seele — die Hände reichen zum Bunde als Vereinsmitglieder. Noch mehr aber ist die innere Ausstattung des Kalenderchens imstande, sich Sympathien zu erobern. Wir wollen nur erwähnen, daß das Vorwort von Elisabeth Gnaul-Rühne stammt, daß lebenswahre Geschichten mit interessanten Aufzügen, dann wieder Gedichte mit besonderen Darlegungen, ganz für's Arbeiterinnenleben gedacht, abwechseln. Es weht ein lieber Geist aus allem, man glaubt beim Durchlesen des Inhalts die Stimme einer wohlmeinenden, ratenden und auch Wege weisenden Freundin zu vernehmen. Dazu kommt noch, daß ein farbiges Titelbild und vier weitere Bilder davon Zeugnis geben, mit welcher Sorgfalt und feinem Geschmac hier gewaltet wurde, um den Arbeiterinnen ein künstlerisch ausgestattetes Werkchen zu bieten. Ein Verzeichnis der in Süddeutschland bestehenden katholischen Arbeiterinnenvereine vervollständigt das Ganze. Wir hegen den Wunsch, daß nicht nur alle katholischen Vereinsmitglieder das Büchlein ihr Eigen nennen möchten, sondern daß auch solche unserer Verbandskolleginnen, die einem katholischen Arbeiterinnenverein nicht angehören, sich den Kalender zulegen möchten. Preis einzeln 25 Pfg.; zu beziehen durch die Buchhandlung des Verbandes der süddeutschen katholischen Arbeitervereine München, Pestalozzistr. 4 und dem christlichen Gewerkschaftsverlag Köln, Eintrachtstr. 147.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Wie die Baumwollindustrie zum Schutzoll kam. — Teuerung und christliche Arbeiter. — Die wichtigste Bedingung für die Jugendarbeit. — Anarcho-Sozialisten! — Fenilketon: Aus dem Berufsleben und der Gedankenwelt der Arbeiterinnen. — Aus der Arbeiterbewegung: Das Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften für 1912. — Die Genossen im Kampfe gegen die christlichen Gewerkschaften und deren Führer. — Eine neue Bewegung unter den Ruhrbergleuten? — Die Reichsversicherungsordnung — doch ein Fortschritt! — Die Rundgebung des deutschen Arbeiterkongresses. — Hört! Hört! — Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1910. — Jena und Zürich. — Der Zentralverband christlicher Bauarbeiter. — „Freie“ Gewerkschaften als Wahlhelfer. — Vorsicht, Mitglieder der freien Hilfskassen! — Not oder kein Brot! — Aus unserer Industrie: Rundschau auf dem Textilmarkt. — Aus dem Verbandsgebiete: An die Ortsgruppenvorsitzende zur gest. Beachtung. — Lohnbewegungen und Arbeitsstreitigkeiten: Forst i. Lausitz. — Aus unseren Bezirken: Die Konferenz des Bezirks Hannover. — Berichte aus den Ortsgruppen: Bodoll. — Coitbus. — Zell. — Soziale Rundschau: Die Heilbehandlung in der Invalidenversicherung. — Briefkasten. — Versammlungskalender. — Sterbetafel. — Literarisches.

Soziale Rundschau.

Die Heilbehandlung in der Invalidenversicherung.

Im Verlage von Lehend u. Co. in Berlin ist nach dem Bericht der „Frankf. Btg.“ soeben die im Reichs-Versicherungsamt bearbeitete „Statistik der Heilbehandlung bei den Versicherungsanstalten und zugelassenen Kassen-einrichtungen für die Jahre 1905 bis 1910“ erschienen. Sie gibt eingehende Auskunft über Umfang, Kosten und Erfolge der Heilbehandlung, über die von den Versicherungsanstalten errichteten eigenen Heilanstalten sowie über ihre sonstigen Maßnahmen auf dem Gebiete der allgemeinen Volkswohlfahrtspflege. Die große Bedeutung, die diesem Zweige der sozialen Fürsorge zukommt, wird am wirksamsten durch die Gegenüberstellung folgender Zahlen veranschaulicht: im Jahre 1900 sind 27427 Personen mit einem Kostenaufwande von 6,2 Millionen Mark behandelt worden; im Jahre 1910 dagegen betrug die Zahl der behandelten Personen bereits 114310 und der Gesamtkostenaufwand 26,6 Mill. Mark.

Der hauptsächlichste Kampf gilt der Lungen- und Kehlkopf-tuberkulose; ihr ist als der größten und wichtigsten Krankheitsgruppe auch der breitere Raum in der Bearbeitung gewährt worden. Ein besonderer Abschnitt ist der Behandlung des Lupus gewidmet, der weniger infolge seiner Häufigkeit als wegen der abjehrenden Form seines Auftretens das Eingreifen der Versicherungsanstalten notwendig macht. Die dritte Krankheitsgruppe umfaßt alle übrigen Leiden, wie beispielsweise Gicht, Rheumatismus, Nervosität, Blutarmlut, Herz- und sonstige Lungenleiden, Trunkucht usw. Die Heilbehandlung hat vorwiegend in Heilstätten, Genesungshäusern, Krankenanstalten und Säbern stattgefunden. Ein großer Teil der Kranken, besonders Lungentuberkulose, ist in den eigenen Heilanstalten der Versicherungsträger behandelt worden. In einem Abschnitt der Statistik werden diese eigenen Heilstätten näher behandelt.

Auf dem Gebiete der allgemeinen Volkswohlfahrt ist namentlich die Invalidenhausepflege zu nennen. Unheilbar Lungen- oder Kehlkopf-tuberkulose, die ihre Umgebung oft in schlimmster Weise gefährden, werden auf ihren Wunsch in Anstalten überwiegen, in denen ihnen die Wohlfahrt einer sorgfältigen Pflege zuteil wird. Zur Durchführung einer geordneten Krankenpflege auf dem Lande sind Beihilfen im größeren Umfange gezahlt worden, die hauptsächlich zur Unterhaltung von Krankenpflegerinnen in Landgemeinden, zur Beschaffung von Pflegegeräten und zur Ausbildung von freiwilligen Helferinnen Verwendung fanden. Aus der Bearbeitung ist ferner zu ersehen, in welchem Umfange und zu welchen Zwecken die Versicherungsträger Anwendungen auf dem Gebiete der vorbeugenden Heilfürsorge gemacht haben. Es handelt sich hier um Beihilfen zur Errichtung von Heilstätten, Auskurst- und Fürsorgestellen für Lungentranke, Wald-erholungsstätten, ferner Beiträge an Vereine, die sich die Bekämpfung der Trunkucht, der Geschlechtskrankheiten, des Lupus usw. zur Aufgabe gemacht haben. Endlich sei erwähnt die Ueberzicht über die Darlehen, welche Versicherungsträger der Invalidenversicherung zum Bane von privaten Heilstätten für Tuberkulose zu mäßigen Zinssätzen hergegeben haben.

Für Angehörige des ärztlichen Berufs und für alle mit der Heilfürsorge betraute Stellen, vornehmlich für solche, die sich in den Dienst der Tuberkulosebekämpfung gestellt haben, bietet die Statistik wertvolle Hinweise.

industrielle dem Verband erklärt hatten. Manch christlich-nationaler Textilarbeiter, aber auch manche Textilarbeiterin trügen aus Aere zu Verbandsarbeit die Märtyrerkrone der Maßregelung auf ihrem Haupte. Mit derartigen Mitteln lasse sich aber der Siegeslauf der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung auch nicht in Baden hemmen. Das müßte schon mancher Unternehmer einsehen, auch die habdisschen Behörden erkennen, die, wie weite Unternehmerkreise, teilweise den sozialdemokratischen Gewerkschaften in Baden große Sympathien entgegenbringen und die christlich-nationalen Arbeiterorganisationen bekämpfen. Die Vorurteile gegen unserer Bewegung sind in Baden und Württemberg riesengroß. Deshalb mußte große Aufklärungsarbeit in den 10 Jahren geleistet werden, um nicht nur die evangelische und katholische Arbeiterschaft, sondern auch weitere Kreise der Bildungsschicht für unsere christliche Gewerkschaftsbewegung zu gewinnen. Was für ein großes Stück stiller Kulturarbeit und persönlicher Opferwilligkeit, welche selbstloser Idealismus der Vertrauensmänner und -frauen ist damit verbunden. Wenn auch ungeschrieben, so stehen doch trotzdem die Namen dieser für die weite Öffentlichkeit namenlosen Helden der Kleinagitation mit goldenen Lettern in die Geschichte des Verbandes eingemeißelt. Was kostet gerade die Aufklärungsarbeit für den Verband für große Mühe und Arbeit, wenn der organisierte Kollege oder seine Kollegin in der Hausagitation im Ort von einer Textilarbeiterfamilie zur andern wandern muß treppauf und treppab, um den so bedeutungsvollen christlichen Gewerkschaftsgedanken immer wieder zu verkünden und doch so oft tauben Ohren zu predigen. Wieviel Selbstzucht ist dazu notwendig, wieviel Geduld, um nicht aufzugeben, wenn man es immer wieder von Schwächlingen innerhalb unseres Standes zu hören bekommen muß: Der Verband hat keinen Wert, trotzdem die 10jährige Geschichte allein eines Begriffs auf jedem Blatte der Geschichte zeigt, wie wertvoll die Arbeit des Textilarbeiterverbandes ist.

Man darf bei dem dankbaren Rückwärtschauen nicht nur allein an die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, an die erhaltenen Unterführungen oder sonstigen gewerkschaftlichen Maßnahmen auf dem Gebiete der staatlichen und kommunalen Sozialpolitik denken, sondern man hat sich auch daran zu erinnern, daß die Erziehungsarbeit der Gewerkschaft an der Arbeiterschaft ein sehr wichtiger und bedeutungsvoller Faktor ist.

Welcher Kollege, welche Kollegin, die heute hier längere Jahre schon im christlichen Textilarbeiterverbande mitarbeiten, wollten es leugnen, daß sie ganz andere Menschen geworden sind. Zehn Jahre oder wenigstens mehrere Jahre haben sie eine gute und gesunde geistige Nahrung im Verbandsblatt, in den Broschüren und durch die Vorträge in den Versammlungen erhalten. Das muß vorwärts führen. Sie haben sich geistig fortbilden können, sind aus stumpfsinnigen „Nichtes“ zu denkenden und selbständig urteilenden Menschen emporgewachsen. Welcher unorganisierte Arbeiter, welche unorganisierte Arbeiterin kann von sich das Gleiche behaupten? Diese stehen in ihrer geistigen Entwicklung, weil sie aus falscher Sparsamkeit den gewerkschaftlichen Verbandsbeitrag scheuten, heute überwiegend noch auf der gleichen Stufe, auf der sie vor zehn Jahren gestanden haben. Müchte doch der heutige Feiertag bei manchem unorganisierten Arbeiter, aber auch bei mancher unorganisierten Arbeiterin, das Gewissen wecken. Noch ist es nicht zu spät. Noch haben auch sie Gelegenheit gemeinschaftlich mit ihren Arbeitsbrüdern und -schwestern im christlichen Textilarbeiterverband mitzuarbeiten an der Lösung der größten Aufgabe im deutschen Vaterlande, die Arbeiterschaft frei zu machen von den Sklaventeilen der Sozialdemokratie und sie einzuordnen in die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung. Die Reichstagswahlen stehen vor der Tür. Nicht lange dauert es mehr, dann gleicht unser Deutschland einem großen und weiten Schlachtfelde, auf dem die parteipolitischen Schlachten ausgefochten werden. Es wird schief hergehen. Aber es ist heute nicht unsere Aufgabe, parteipolitisch für die eine oder andere Partei Stellung zu nehmen. Die christlichen Gewerkschaften sind parteipolitisch neutral. Sie können ihre Kulturarbeit am deutschen Arbeiterstande nur durchführen, wenn sie sich nicht selbst wie die „freien“ Gewerkschaften die Hände binden durch eine einseitige parteipolitische Stellungnahme zugunsten einer Partei. Es ist nicht wahr, daß die christlichen Gewerkschaften Zentrumsorganisationen sind. Es ist nicht wahr, daß wir deshalb gewerkschaftlich organisieren, um die deutsche Arbeiterschaft heider Konfessionen im Schlepptau der „Zunter“ und „Pfaffen“ zu erhalten, wie sich so „lieblich“ die sozialdemokratische Presse ausdrückt. In unseren Versammlungen, in unserer Gewerkschaftspressen wird keine Parteipolitik getrieben. Bei uns werden keine Gewerkschaftsgelder für parteipolitische Wahlzwecke zur Verfügung gestellt, wie heides in den sozialdemokratischen Gewerkschaften zugunsten der Sozialdemokratie geschieht. Es ist auch nicht wahr, daß die Sozialdemokratie die Partei der deutschen Arbeiterschaft ist. Es gibt Millionen deutscher geistig freier Arbeiter, die der Sozialdemokratie mit ihren vertragen Theorien in grundsätzlicher Opposition gegenüberstehen. Nicht mit Unrecht bezeichnet ein Gelehrter, Professor Franke vom Verein für Sozialpolitik in Berlin, die Sozialdemokratie als das Bleigewicht am sozialpolitischen Fortschritt in Deutschland. Die Sozialdemokratie — mag sie sich zum Revisionismus oder zum Radikalismus bekennen, mag sie sich in den „freien“ Gewerkschaften oder in der politischen Partei anstoßen — sie hat nichts mehr als die ruhig, nüchtern und fest in ihren christlichen Gewerkschaften arbeitende staatsfreie deutsche Arbeiterschaft. Sie und die Schamachererichtung weiß, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung mit ihrer ehrlichen Arbeiterpolitik ohne den sozialistischen Ballast die beste Garantie für eine vorwärts-schreitende Sozialreform in Deutschland ist. Sie muß es empfinden, daß die christliche Gewerkschaftsarbeit der Sozialdemokratie bei der denkenden Arbeiterschaft immer mehr den Kredit raubt. Auf den Scheiterhaufen würde die Sozialdemokratie den christlichen Gewerkschaften stellen, wenn sie die Macht dazu hätte. So lobt sie ihren Haß gegen die christlichen Gewerkschaften im brutalen Terrorismus auf der Arbeiterschaft aus, macht zahlreiche christliche Arbeiter brotlos, weil sie christlich-national bleiben, weil sie nicht Sozialdemokrat werden wollen.

Wir erblicken in der Sozialdemokratie nicht nur eine Gefahr für den monarchischen, kirchlichen und vaterländischen Gedanken. Wir erblicken in ihr auch eine Gefahr für den deutschen Arbeiterstand, der sich, als Glied unseres deutschen Volkstörpers fühlend, in berufswirtschaftlichen Fragen, die ihn allein angehen, nicht von ihr aber auch nicht von anderen Kreisen unseres Volkes gänzlich lassen will und keine Bevormundung braucht. Deshalb wollen wir auch ruhig vorwärts blicken im Ringen um unser wirtschaftliches und gesellschaftliches Recht. Christliche Arbeiter wollen als national gepragte Staatsbürger als freies Rad am Wagen nicht von den Behörden, von den Unternehmern, von der Bildungsschicht,